

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
**Erich Nitzsche, Berlin.**  
**Telefon: Amt Dönhoff 4196/4196**



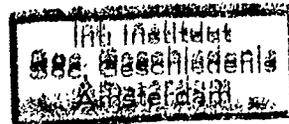
**Adresse für Verlag und Corrigenda:**  
**Berlin OS 61, Dönhoffplatz 6**  
**Druckerei: Copeland**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe spätestens 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. November 1931.

Remember, remember..!



SPD. Jahrzehntlang hat die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands allein die Erinnerung an die bürgerliche Revolution von 1848 wachgehalten, während das Bürgertum selbst und vor allem seine Jugend sich am Pomp des nationalen Cäsarentums berauschte.

Fast scheint es, als wenn auch den Ereignissen vom 9. November kein anderes Schicksal beschieden wäre, als ob auch der Geburtstag der deutschen Republik nur in die Herzen deutscher Sozialisten sich so tief eingegraben hätte, dass lohnte, seiner zu gedenken. Wo Sozialdemokraten diesen Tag in einzelnen Ländern zu einem gesetzlichen Feiertage gemacht hatten, hat die einsetzende reaktive Gesetzlichkeit des Feiertags längst wieder aufgehoben. Auf keinem Lehrstuhl seiner amtlich gedacht, keine Schule zeigt der Jugend diesen Tag im Licht schrittlicher Geschichtsbetrachtung.

Wohl aber gehört es in der Welt des gesättigten Bürgertums wieder einmal zur "guten Lebensart", von revolutionären Umwälzungen peinlichst zu schweigen, während die nationalistische Reaktion ihre Kettenhunde den November und die "Novemberlinge" gleichermassen besudeln lässt. Wir aber, wir Sozialdemokraten denken nicht daran, das Gedenken dieser Novembertage in "Dreck und Letten" untergehen zu lassen. Wir wollen nicht und dürfen nicht dulden, dass dreizehn Jahre sozialer und nationaler Not die Erinnerung daran auslöschen, dass der 9. November 1918 vierundeinhalbjähriges Gemetzel und die Herrschaft vielhundertjähriger Dynastien jählings beendete und damit die Bahn öffnete für eine demokratische Entwicklung auch des deutschen Volkes!

Die Bahn öffnete!

Jawohl - denn der Sturz des Alten war noch an sich kein Neues. Es musste erst ein Neues werden. Es musste aus dem Zusammenbruch des morsch und kraftlos gewordenen sich neue Kraft emporringen und neuer Wille, aus Trümmern ein wohnliches Haus zu bauen. Das Große und geschichtlich Unvergängliche des 9. November ist und wird bleiben die Tatsache, dass mitten im Strudel eines welthistorischen Zusammenbruchs aus der gewerkschaftlich und politisch geschulten sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands sich die Kräfte und die Organisationen für den Neuaufbau fanden. Kein Parlamentsbeschluss und keine "Notverordnung" gab Vollmachten für die Männer, die plötzlich, innerhalb weniger Stunden, sich zur Übernahme der grössten Verantwortung seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten entschlossen mussten. Keine Machtinstrumente standen ihnen im Lande zur Verfügung, um ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Beschlüsse in die Tat umzusetzen, keine Machtinstrumente anders als das absolute Vertrauen der breiten Volksmassen: die Sozialdemokraten werden es schon schaffen!

Mit heutigen Augen gesehen, hat es oft etwas Erheiterndes, wenn man sich erinnert, dass in all den tausenden von Stadt- und Landbehörden mit einer Selbstverständlichkeit ohne Beispiel den sozialdemokratischen Arbeitern die Geschäfte übergeben wurden. Kein Magistrat erhob Widerspruch, als ihm Vertrauensleute der Arbeiterschaft zunächst als "Aufpasser" zugesellt wurden. Kein Landrat machte

auch nur den Versuch, seine "königliche" Macht zu verteidigen. An den meisten Stellen vollzog sich dieser Uebergang oder diese Unterwerfung sozusagen in friedlichen Formen. Es war ein Neues aufgetreten, das alle alten Machtfaktoren überwand: der sozialistische und demokratische Arbeiter, seine Partei und seine Organisationen - sie bildeten den einzigen festen Kern inmitten der Auflösung, sie zeigten sich im Wollen und Vollbringen von gleicher selbstsicherer Folgerichtigkeit!

Kein Galgen wurde errichtet, keine Guillotine aufgestellt! Nicht einmal davon zu reden hielt man für nötig. Des Blutes hatte das alte Regime gerade genug vergossen, und die Köpfe der übrig bleibenden von der alten Herrschaftsschicht waren nicht bedeutend genug, als dass es sich gelohnt hätte, sie irgendwie "rollen" zu lassen!

Der 9. November 1918 beendete eine Zeit der politischen Unfreiheit im Innern und gleichzeitig der militaristischen Kraftmeierei nach aussen. Nach dem Willen des deutschen Volkes, das der deutschen Arbeiterklasse alle politischen Vollmachten gab, sollte eine Periode des Friedens und der sozialen Neugestaltung beginnen. Die Sozialdemokraten als Volksbeauftragte und als Arbeiterräte im Lande haben Uebermenschliches geleistet. Dem Massenhunger gingen sie zu Leibe, der Auflösung aller Ordnungsfaktoren setzten sie den Willen zu neuer Ordnung entgegen, nicht ohne bei den Pseudorevolutionären und Maulrebelln wütendsten Hass hervorzurufen. Der Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch Militärzensur begegneten sie mit der Herstellung der Presse- und Meinungsfreiheit. Den Landarbeitern und dem "Gesinde" schufen sie die Koalitionsfreiheit und dadurch die Möglichkeit, den kollektiven Arbeitsvertrag an die Stelle der individuellen Ausbeutung durch den wirtschaftlich Stärkeren zu setzen.

Das Wichtigste aber war, den Frieden herzustellen und die Einheit des Reichs zu sichern gegen alle Separationsgelüste, die auch damals schon umgingen. Heute toben wieder auf Asphalt- und Landstrassen die stahlhelm- oder hakemkreuzgeschmückten Jünglinge gemeinsam mit den Anbetern des russischen Sowjetsystems, toben gegeneinander und miteinander gegen die demokratische Republik, die aus dem November erwuchs, besudeln die Freiheit, die ihnen gegeben und bereiten sich vor auf den neuen Krieg, den sie im Innern und nach aussen entfesseln möchten. So steht heute wieder die Sozialdemokratie, in einer Front mit den Gewerkschaften, vor der Aufgabe, die Errungenschaften des 9. November zu verteidigen mit allen Mitteln, die aus ihrer Ueberlieferung erwachsen. Vor allem gilt es, die Erinnerung nicht vernebeln zu lassen an die nationale und soziale Leistung, die sie als Führer und Beauftragte des arbeitenden Deutschland vollbrachten zu einer Zeit, als alles rings in Trümmer ging.

Diese Leistung ist so gewaltig, dass die Geschichte sie würdigen wird, wenn die Nebel nationalistischen Hasses und verleumderischer Unkulde von heute längst gewichen sein werden. Wir Sozialisten werden heute und immer in Abwandlung des englischen Wortes mit Stolz sagen können: Remember, remember the ninth of November!

SPD. In diesen Tagen wird das mit dem Rücktritt Höpker-Aschoffa frei gewordene preussische Finanzministerium wieder besetzt werden. Der zurzeit mit der Führung der Geschäfte des Finanzministers beauftragte Handelsminister Dr. Schreiber hat es abgelehnt, das Finanzministerium endgültig zu übernehmen, und zwar aus der Befürchtung heraus, dass in diesem Falle das Handelsministerium mit dem Wohlfahrtsministerium verschmolzen wird. Der von der Staatspartei für das Finanzministerium ferner in Vorschlag gebrachte Kandidat, der gegenwärtige Oberpräsident in Magdeburg Dr. Falk, wurde von den übrigen Koalitionsparteien abgelehnt.

Im Augenblick wird deshalb insbesondere von dem preussischen Ministerpräsidenten die Wiederernennung Höpker-Aschoffa erwogen. Ob es jedoch schliesslich dazu kommt, ist noch sehr fraglich. Das Zentrum ist gegen die Rückkehr des zurückgetretenen Finanzministers. Seine Haltung wird von Momenten verschiedenster Art bestimmt und fast hat es den Anschein, als ob die zwischen den preussischen Zentrumministern und Höpker-Aschoff bestehenden Differenzen unüberwindbar sind.

Die Sozialdemokratie ist nicht unbedingt gegen Höpker-Aschoff. Aber die Art, wie er sein Amt insbesondere in den letzten Jahren seiner Tätigkeit aufgefasst und geführt hat und insbesondere sein Mangel an Sinn für politische Notwendigkeiten lassen auch bei uns für seine Rückkehr alles andere als Begeisterung aufkommen. Es mag sein, dass für die Rückkehr Höpker-Aschoffs eine ganze Reihe sachlicher Erwägungen sprechen. Aber schliesslich gibt es auch noch andere Persönlichkeiten, die sich für das preussische Finanzministerium nicht nur ebenso, sondern sogar besser eignen als Höpker-Aschoff, weil sie nicht nur verwalten, sondern auch politisch denken.

SPD. Braunschweig, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat den braunschweigischen "Volksfreund" am Donnerstag wieder auf sieben Tage, und zwar vom 6. bis 12. November einschliesslich verboten. Dieses Verbot umfasst auch sämtliche im gleichen Verlag erscheinenden Kopfbblätter. Es darf also im Lande Braunschweig wieder sieben Tage lang keine sozialdemokratische Zeitung erscheinen.

Die Begründung des Verbots lautet: "Der Volksfreund hat in seiner Nummer vom 4. November einen Bericht über die Verhandlungen in der Landtagsitzung vom 3. November gebracht. In diesem Bericht heisst es einmal "Minister Klagges provoziert" und später: "Der Minister entschuldigt den Mord an Fischer". Diese in Fettdruck und als besondere Ueberschriften hervorgehobenen Stellen des Berichts entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Der Minister Klagges hat vielmehr ganz ausdrücklich Stellung gegen alle Auswüchse genommen, indem er erklärte, selbstverständlich missbillige ich gleichfalls jeden Uebergriff. Gegenüber dieser klaren und eindeutigen Aeusserung des Ministers können die angefochtenen Berichtsstellen nicht anders gewertet werden als der Wille und die Absicht, den Minister wider besseres Wissen in seinem Ansehen herabzusetzen. Ganz zweifellos wird durch diese unrichtigen und unwahren Behauptungen der Minister Klagges als leitender Beamter des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht, sodass der Tatbestand des § 1 Absatz 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 gegeben ist."

Dazu ist zu sagen: Minister Klagges hat den sozialdemokratischen Abgeordneten von Frankenberg in der betreffenden Landtagsitzung provoziert, indem er darauf hinwies, dass in Klagges Elternhaus mehr gearbeitet worden sei als in dem Elternhaus des Abg. von Frankenberg. Frankenberg wurde durch diese Beschimpfung seines Vaters dermassen erregt, dass er sich auf Klagges zu stürzen versuchte. Dieser Vorfall ist mit der Ueberschrift "Minister Klagges provoziert" versehen worden. Klagges hat auch die Ermordung des Arbeiters Fischer während des Nazi-Treffens zu entschuldigen und zu erklären versucht, indem er sagte, dass Fischer für einen Schuldigen habe büssen müssen. Ein Kriminalbeamter habe berichtet, dass zuerst Zivilpersonen Steine geworfen hätten und im weiteren Verlauf der Angelegenheit schliesslich Fischer zu Tode kam.

Gegen das Zeitungsverbot ist sofort Beschwerde erhoben worden.

SPD. Wien, 5. Novbr. (Eig. Drahtb.)

Eine Wiener Korrespondenz teilt "von völkischer Seite" mit, dass Staxhemberg für die Nacht zum 8. November zum Zwecke eines Putsches einen Alarmbefehl herausgegeben habe. Er wolle Reichsverweser werden und die Föderation mit Ungarn vorbereiten. Die Nationssozialisten hätten sich dagegen gewandt.

Staxhemberg bestreitet diese Mitteilung. Der republikanische Schutzbund hält sie jedoch nicht für unglaubwürdig, da auch ihm seit einiger Zeit Mitteilungen über die Vorbereitung eines Heimwehrputsches zugegangen sind.

SPD. Weimar, 5. November (Eig. Drahtb.)

Von den Beamtenorganisationen sind gegen die von der thüringischen Regierung erlassene Sparnotverordnung nicht weniger als 28 Eingaben eingereicht worden. Gegen die Art, wie diese Eingaben verfasst sind, wandte sich am Donnerstag Staatsminister Baum im Thüringischen Landtag.

Baum führte aus, dass er durchaus nichts dagegen einzuwenden habe, wenn die Beamten sich in Eingaben gegen die Herabsetzung der Besoldung wenden. Die Art und Weise, in der das insbesondere von einer Seite geschehen sei, mache es aber zu seinem Bedauern notwendig, darauf näher einzugehen. Thüringen habe in der Besoldungsordnung nur das geändert, wozu es gesetzlicher Zwang nötige. Trotzdem bezeichne der Thüringer Lehrerverein die Massnahmen der Regierung als Willkür, weil die Notverordnung die Besoldungsgruppe der Lehrer besonders herausgegriffen habe und alle anderen Beamten in ihren Rechten unverändert lasse. Die Regierung müsse sich unter diesen Umständen alles weitere vorbehalten, insbesondere nach der Richtung hin, ob sie nunmehr überhaupt noch in der Lage sei, mit der gegenwärtigen Vertretung des Lehrervereins künftig weiter zu verhandeln.

-----

SPD. Der Reichspräsident hat den Landvolk-Abgeordneten Schlange-Schöninge zum Minister ohne Portefeuille ernannt und ihn zugleich mit der Führung der Geschäfte des Kommissars für die Osthilfe betraut. Die bisherigen Ostkommissare Treviranus und Hirtsiefer wurden von ihrem Amt entbunden.

-----

SPD. Schwerin, 5. November (Eig. Drahtb.)

Die mecklenburgische Regierung teilt mit: "Der Wahlkampf anlässlich der Amtsvertreterwahlen hat mehrfach zu ernststen Zusammenstößen zwischen Angehörigen verschiedener politischer Gruppen geführt und blutige Opfer gefordert. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist durch die gegenseitige Verbitterung der politischen Parteien derartig gefährdet, dass nunmehr nach Abschluss des Wahlkampfes durchgreifende behördliche Massnahmen notwendig geworden sind. Das Ministerium des Inneren hat infolgedessen aufgrund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Ferner sind die Ortspolizeibehörden angewiesen worden, Personenfahrten auf Lastkraftwagen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, bis auf weiteres zu verbieten. Auch bei Versammlungen in geschlossenen Räumen ist in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob nicht ein Verbot aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen notwendig ist.

Die Ortspolizeibehörden werden ausserdem zukünftig dafür sorgen, dass die Vorschriften des Gesetzes gegen den Waffenmissbrauch vom 28. März 1931 beachtet werden. Dazu ist zu bemerken, dass vielfach politische Gruppen, besonders der sogenannte Saalschutz politischer Parteien, Spazierstöcke gleicher Art und Stärke in Versammlungen mit sich führen. Spazierstöcke werden normalerweise in geschlossenen Räumen ihrer Bestimmung gemäss keine Verwendung finden und werden deshalb bei politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht mitgeführt werden dürfen, wenn sich nicht die Träger nach § 3 des Gesetzes gegen den Waffenmissbrauch vom 28. März 1931 strafbar machen wollen. Noch viel eindeutiger aber hat eine Person als bewaffnet im Sinne dieser Bestimmung zu gelten, wenn sie, wie es in letzter Zeit vielfach üblich geworden ist, einen Handspaten bei derartigen Anlässen mit sich führt.

Das Ministerium des Inneren ist überzeugt, dass seine Massnahmen von der ordnungsliebenden Bevölkerung verstanden werden und dass alle, die dazu berufen sind, zukünftig zur Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen werden."

SPD. Paris, 5. November (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hilferding wurde am Donnerstag in Begleitung des sozialistischen Kammerabgeordneten Grumbach von Ministerpräsident Laval empfangen. Die Unterhaltung bezog sich auf die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands.

-----

SPD. München, 5. November (Eig. Drahtb.)

Die Nazifraktion des bayerischen Landtages erlitt vor dem Staatsgerichtshof eine neue Niederlage.

Verärgert darüber, dass ihrem Willen auf Auflösung des Landtages nicht entsprochen wurde, reichte die Nazi-Fraktion beim Staatsgerichtshof eine Verfassungsklage ein mit der Forderung den um die 15 Landtagsabgeordneten verminderten Landtag für gesetzwidrig und seine Beschlüsse für ungültig zu erklären. Gleichzeitig beantragte sie den Erlass einer einstweiligen Verfügung mit einem Verbot des Zusammentritts der Volksvertretung. Am Donnerstag entschied der Staatsgerichtshof gegen die Hakenkreuzler, indem er die Zulässigkeit einer einstweiligen Verfügung verneinte. Die Entscheidung über die Hauptklage, sämtliche Beschlüsse des Landtages für ungültig und den Landtag selbst für verfassungswidrig zu erklären, wird später gefällt werden.

-----

SPD. Am Donnerstag tagte in Berlin der Reichspartei-Ausschuss des Zentrums. Die Beratungen, die von 10 Uhr vormittags ohne Unterbrechung bis 17 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags dauerten, endeten entgegen der anfänglichen Absicht ohne Annahme einer Entschliessung bzw. ohne Veröffentlichung eines offiziellen Communiqués über den politischen Ausklang der Veranstaltung. Immerhin lassen die von den massgebenden Persönlichkeiten des Zentrums gehaltenen Reden über den Kurs der Zentrumsparlei für die nächste Zeit keinen Zweifel. Das Zentrum ist bestrebt, den bisherigen Kurs fortzusetzen. Eine Regierung mit den Nationalsozialisten lehnt es insbesondere aus aussenpolitischen Gründen ab.

Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden der Zentrumsparlei Prälat Kaas eröffnet. Er führte u.a. aus :

"Wenn irgend eine politische Machtgruppe in Deutschland, dann ist die Zentrumsparlei davon überzeugt, dass den himmelschreienden Nöten unserer Zeit nicht mit Worten und Resolutionen beizukommen ist, sondern nur mit Taten. Nicht mit Worten und Resolutionen, auch nicht mit Gesprächen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit anderer koalitionspolitischer Frontbildungen. Die deutsche Zentrumsparlei hat wahrhaftig wichtigeres zu tun, als sich mit dem koalitionspolitischen Gerede auseinanderzusetzen, das in den letzten Wochen gewisse Kreise ausserhalb unserer Reihen in der Öffentlichkeit beschäftigt hat und anscheinend noch beschäftigt. In einem Augenblick, wo die politische Gesamtsituation und die parlamentarischen Entscheidungskämpfe der jüngsten Zeit ein klares Wort nach dieser Richtung verlangten, wenn nicht mit dem Sturz der Regierung Brüning unabsehbares Unheil für Staat und Volk heraufbeschworen werden sollte, ist ein solches Wort von der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumsparlei in einem eindeutigen Beschluss ausgesprochen worden. Mir ist nicht bekannt, dass inzwischen Tatsachen eingetreten wären, die geeignet sind, die sachlichen Voraussetzungen des damaligen Beschlusses zu verändern oder herabzumindern. Vor dem zweiten Kabinett Brüning und damit auch vor der dieses Kabinett aus staatspolitischer Ueberzeugung stützenden deutschen Zentrumsparlei stehen aussenpolitische Aufgaben von geradezu gigantischer Grösse und von schicksalsentscheidender Auswirkung für Staat und Volk. In solcher Lage die Aktionsfähigkeit und die Verhandlungschancen des Kabinetts durch Erörterungen der bezeichneten Art zu behindern, oder zu vermindern, ist nach unserer Kennt-

nis und Anschauung der Dinge nicht zu verantworten. (Sehr wahr!) Nach unserer Auffassung gilt es, - wenn irgend wann, so jetzt - das Auseinanderbrechen des Volkes in zwei gleich starke, den gegenseitigen Vernichtungskampf proklamierende Lager unter allen Umständen zu verhindern. Wenn irgend wann, so ist jetzt Volkssammlung die Forderung der Stunde und nicht Volkssentzweiung. Und wenn dieser Sammelgedanke, der unter bewusster Zurückstellung zweitrangiger Parteiinteressen sich auf das grosse und unverzichtbare Ziel des stufenweisen deutschen Aufstiegs und deutscher Befreiung konzentriert, heute noch nicht stark genug ist, auch solche Gruppen oder Persönlichkeiten links und rechts zu gemeinsamem Zweckhandeln, zu gemeinsamen, wenn auch nur auf Zeit begrenzten Zweckhandeln zusammenzubringen, die bisher eine Zusammenarbeit noch nicht gekannt haben, dann bleibt nur eins übrig: das zu bewahren, was ist, und es nicht in Experimenten zu opfern, deren Ausgang niemand berechnen und darum auch niemand verantworten kann. (Sehr richtig!) In einer solchen Lage haben koalitionspolitische Erörterungen bei diesen unseren Beratungen keinen Platz zu beanspruchen. Die Stunde gehört und muss gehören der schöpferischen staatspolitischen Tat und nicht unfruchtbaren partei- und koalitionspolitischen Wortgefechten. (Lebhafter Beifall).

Reichskanzler Dr. Brüning,

von der Versammlung lebhaft begrüsst, führte u.a. aus:

- In diesem Winter kommt es entscheidend darauf an, zu verhindern, dass die parteipolitischen Gegensätze sich zur Explosion in Deutschland steigern (lebhafteste Zustimmung). Es gibt nur einen Weg, und den sind wir gegangen und werden wir alle zusammen im Kabinett weiter gehen, nämlich den Weg der Ergreifung sachlich notwendiger Massnahmen. Wir werden uns nicht daran stören, ob wir heute hier oder morgen da uns die schärfste Opposition bei diesen Vorgängen gegen uns erwecken (Zustimmung). Es gibt nur einen Weg, den Deutschland jetzt geht, den Weg, alles zu tun, und alle Massnahmen, die notwendig sind, heute und später, so aufeinander abzustellen, dass bei der Gratwanderung an den Abgründen vorbei das deutsche Volk endlich wieder auf einen sicheren Weg gelangen kann. Ich möchte hier ganz klar aussprechen, dass ich nicht beabsichtige, das Parlament etwa dauernd oder auf längere Zeit auszuschalten. Auch die Krise des Oktober, die ich vorher gefühlt habe, hat ihr ungeheuer Gutes gehabt, denn es sind für gewisse Stimmungen Ventile geschaffen worden; und die Reichsregierung ist sehr viel stärker augenblicklich für die aussenpolitischen Verhandlungen, als wenn sie die Entscheidungen, die in der Oktoberwoche gefallen sind, auf den November oder Dezember vertagt hätte. Das einzige, was wir wollen, und was unbedingt notwendig ist, ist, dass man uns dann nach solchen Tagungen für die Notzeit - und nur für diese - die freie Zeit zur Arbeit lässt, weil es unmöglich ist, bei diesen täglich neu sich aufdrängenden Aufgaben gleichzeitig diese schnell zu erledigen und das Parlament hier versammelt zu haben. Ein anderer Zweck ist mit dieser Politik unter keinen Umständen verbunden.

Die Reichsregierung denkt an alle Kreise und alle Berufsschichten der Bevölkerung bei allen ihren Massnahmen nicht nur im Opfer, sondern auch in der Hilfe. Hier aber fehlt es an dem Verstandnis für die Zusammenhänge wirtschaftlicher Art namentlich im deutschen Volke ganz ausserordentlich. Die Abstimmung der Landvolkpartei im Reichstag zeigt doch in ganzer Deutlichkeit, dass ein Teil der Landwirtschaft die wirkliche Lage Deutschlands und die eigene Situation noch nicht erfasst hat (sehr richtig!). Wir haben, um ein Beispiel zu nennen, praktisch doch jede Vieheinfuhr unmöglich gemacht. Wir sind also sozusagen zu dem lückenlosen Schutz in dieser Beziehung gekommen, der jahrzehntelang die Forderung der Landwirtschaft war. Ist denn dadurch nun etwa eine Rentabilität der Landwirtschaft, die sich besonders auf Viehzucht einstellt, erzielt worden? Die Preise sind weiter heruntergegangen und hier kommt doch der Punkt, den jeder Landwirt endlich einmal erkennen muss: wenn man sich überhaupt zollpolitisch oder durch Devisenbewirtschaftung völlig auf allen Ge-

bieten von der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte abschliessen würde, dann würde nicht mehr die Höhe des Zolles, sondern die Kaufkraft der Bevölkerung allein den Preis bestimmen (lebh. Zustimmung). Das muss in alle Kreise der Landwirtschaft hineingetragen werden. Wie soll man sonst die ausserordentlichen Massnahmen, die für die Landwirtschaft in den  $1\frac{1}{2}$  Jahren getroffen worden sind, vertreten und durchhalten vor der überwiegenden Zahl der deutschen Bevölkerung, die nun einmal Konsumenten sind?

In diesem Augenblick hat das deutsche Volk mehr denn je ein Interesse daran, seine eigene Währung stabil zu halten. Viele Leute meinten, als das Pfund vom Goldstandard herunterging, nun müssten wir einen Husarenritt machen und die Mark gleichfalls vom Gold abhängen. Ich werde mich bis zum letzten dagegen wehren, irgend eine inflatorische Massnahme irgend einer Art zu treffen. (Lebh. Beifall). Und zwar nicht nur aus Gerechtigkeit, nicht nur zum Schutze der Schwachen, sondern weil ich der Ansicht bin, dass die ehrliche Bilanz in der deutschen Wirtschaft trotz aller Bitternisse unbedingt wiederhergestellt werden muss (bravo), und dass jeder Versuch und jedes Verlangen nach inflatorischen Massnahmen letzten Endes auch den Zweck haben kann, diesen Prozess der klaren Bilanz der gesamten deutschen Wirtschaft zuschanden zu machen und wiederum einen Schleier über die Fehler der Vergangenheit zu ziehen. (Lebh. Zustimmung.) Ich habe wiederholt ausgesprochen, dass es notwendig ist, in allem Klarheit und Wahrheit zu schaffen, in der öffentlichen Wirtschaft ebenso wie in der privaten Wirtschaft und wir kommen darum nicht herum, denn alle Erfolge in der Aussenpolitik sind um so eher zu erreichen, wenn wir nichts verbergen, wozu wir auch an sich gar keinen Anlass haben, sondern namentlich, wenn wir heute, ich möchte sagen: die Bilanz der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft klar und ehrlich jedermann in der Welt zur Einsicht vorlegen. Das ist die stärkste und durchschlagendste Waffe, die die Reichsregierung haben konnte, und diese Waffe zu schmieden, war die Aufgabe des ersten Jahres der Tätigkeit dieser Reichsregierung. Das hat mit dazu geführt, dass die Frage der Reparationen durch die Öffentlichkeit in der ganzen Welt ohne Ausnahme völlig anders beurteilt wird als in früheren Jahren. (Sehr richtig).

Das Jahr 1932 wird für Reich, Länder und Gemeinden, soweit die normalen Ausgaben in Betracht kommen, in finanzieller Hinsicht das allerschwerste sein. Denn in diesem Jahre fliessen die Steuern aufgrund des wirklichen Einkommens des Jahres 1931 mit seiner furchtbaren Wirtschaftskrise und deshalb werden wir, auch ohne Reparationslasten, für 1932 nicht um weitere ganz schwere und harte Massnahmen auf allen Gebieten herunkommen. Ich sage das jetzt gleich offen und sage es auch in dieser Stunde, wo das Reparationsgespräch mit dem Ausland in vollem Umfang in Gang gekommen ist. Aber bei all diesen Opfern muss es darauf ankommen, dass das Volk das Gefühl der unbedingten Gerechtigkeit hat das Gefühl der gleichmässigen Verteilung der Lasten und der Opfer. (Zustimmung). Das ist in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen. Ich meine da in dem Sinne, dass wir nicht in der Lage waren, diese Opfer sofort gleichmässig zu verlagern. Es wird nicht immer möglich sein, und Dinge, wie die Bankenkrise zwingen uns natürlich plötzlich zu vollkommen neuen Massnahmen auch budgetärer Art. Aber der Zeitpunkt ist gekommen - und daher auch die Berufung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung durch den Reichspräsidenten - wo jetzt gewisse Massnahmen auf den verschiedensten Gebieten gleichmässig getroffen werden müssen. Denn der Prozess der Schrumpfung darf sich nicht in der bisherigen Form fortsetzen. (Sehr gut!) Es müssen solche Massnahmen hinzutreten, die zwar weitere Ersparnisse möglich machen, aber nicht zu einer solchen Verschlechterung der Lebenslage und der Kaufkraft der breitesten Schichten der Bevölkerung in allen Berufen führen, dass auf der anderen Seite wieder ein neues Loch aufgemacht wird. Das ist die schwierige Lage, in der wir seit Monaten stehen, die wir allerdings schon lange vorausgesehen haben. Es kommt jetzt darauf an, die Opfer so zu verteilen, und sie in eine solche gemeinsame Linie hineinzustellen dass sie nicht nur keine Schrumpfung bedeuten, sondern auch dazu führen kön-

nen, eine Belebung des Arbeitsmarktes gleichzeitig herbeizuführen (sehr richtig!). Daher die steuerfreie Anleihe der Reichsbahn, die übrigens einen grossen und unerwarteten Erfolg gehabt hat, (hört! hört!) daher auch andere Massnahmen. Die Auswirkungen dieser Massnahmen werden nicht gleich darü bemerkbar werden, dass hunderttausende von Arbeitslosen wieder in die Arbeitsstätten hinkommen. Dazu sind andere Massnahmen notwendig, die ebenfalls sich in Beratung befinden und vorbereitet sind. Notwendig ist es aber, dass erstens die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zwar insgesamt gesenkt werden, um unsere Konkurrenzfähigkeit aufrecht zu erhalten, dass aber dabei unter dem Problem der Selbstkosten nicht einseitig das Lohnproblem verstanden wird (sehr richtig! Denn dann würde bei der Landwirtschaft das Problem auftreten, das ich schon gestreift habe, dass nämlich die Landwirtschaft ihre Produkte nur zu immer weiter sinkenden Preisen und in immer geringerem Umfange verkaufen könnte.

Die verschiedenen Herabsetzungen der Beamtgehälter sind eine ausserordentliche Härte gewesen, aber ich habe schon in einem früheren Stadium ausgesprochen, dass wir durch diese rechtzeitigen Herabsetzungen der Beamtgehälter dem deutschen Beamtentum einen ausserordentlichen Dienst erwiesen haben. Das wird man in Zukunft anerkennen und man beginnt schon, es anzuerkennen, denn nach meiner Meinung gibt es nichts Gefährlicheres und nichts, was den Glauben an eine kluge und sichere Disposition der öffentlichen Hand stärker erschüttert als wenn die Beamtgehälter und ähnliche Ausgaben, die der Staat zu machen hat, tropfenweise im Laufe eines Monats ausbezahlt werden müssen, wie es vielfach der Fall gewesen ist. Das schädigt den Gedanken des Berufsbeamtentums ganz ausserordentlich. Zu dem Berufsbeamtentum gehört es und das Berufsbeamtentum wird immer gesichert sein, wenn es dasselbe tut, was wir von anderen Ständen verlangt haben, nämlich, dass seine Führer den Mut haben, abzusehen von taktischen, von agitatorischen Dingen und den eigenen Berufskollegen die Pflicht zum Opfer gegenüber dem Staat klarzumachen.

Ich habe bereits früher schon gesagt, dass die Etatslage des Jahres 1932 überall ausserordentlich schwierig und ernst werden wird. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass wir auch neue Opfer vom Volke zur Sicherung der Etats der öffentlichen Hand verlangen müssen. Das Zweite ist, dass es gelingen muss und gelingen wird, durch die Ergreifung einer Reihe von Massnahmen, gleichzeitig wohl aufeinander abgestellt, die allerdings getragen sein müssen auch von der psychologischen Verantwortung der zu den Beratungen mit hinzugezogenen Kreise, dass der Schrumpfungsprozess in der Wirtschaft aufgehalten wird, dass dieses Aufhalten des Schrumpfungsprozesses bei der kleineren und mittleren Industrie, beim Handwerk auch durch eine nach der einen oder anderen Seite anders eingestellten Politik der Banken in kürzester Frist erfolgen muss. Es ist die Aufgabe, das Genossenschaftswesen zu konsolidieren, unter allen Umständen in allen öffentlichen und privaten Kreditinstituten schnellstens zurückzukehren zu den absolut soliden Maximen der Vorkriegszeit. Das ist das Entscheidende und viel wichtiger, als jeden Augenblick Staatshilfe einzelnen Instituten oder grösseren Organisationen zu bieten. Und endlich wird es die Aufgabe sein dafür zu sorgen, dass in den nun beginnenden Verhandlungen und Besprechungen eine Lösung des Reparationsproblems erfolgt, die dem deutschen Volke erträglich ist und die ausserdem der ganzen Welt das Vertrauen wiedergeben kann, dass nunmehr nicht mehr erneut von der Seite der Reparationen eines Tages das Kreditsystem der Welt gefährdet werden kann. Dazu gehört es, dass gleichzeitig mit den Reparationsfragen die Stillhaltefrage so gelöst wird, dass wir auch nach innen und aussen von der Seite der privaten kurzfristigen Kredite eine absolute Beruhigung der Atmosphäre im In- und Auslande und damit auch eine Sicherstellung unserer ganzen wirtschaftlichen Unternehmungen, Pläne und Massnahmen erreichen. Diese Hauptaufgaben sind nur dann durchzuführen, wenn eines eintritt, was ich immer und immer wieder in den Vordergrund der ganzen Probleme geschoben habe: ohne Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens im Aus- und Inland werden wir nicht zu dem erstrebten Ziel gelangen. Worunter die Welt am meisten leidet,

sind nicht hier und da Bankschwierigkeiten, sondern die Tatsache, dass der Sparer und der Kapitalist völlig in der ganzen Welt nervös geworden sind, obwohl an sich m.E. ein Grund zu einem solchen Grad der Nervosität nicht vorhanden ist. Durch dauernde politische Agitation, durch Predigen von Experimenten schafft man weder im In- noch im Ausland diese Vertrauensatmosphäre. Das muss das deutsche Volk einsehen und ich bin der Ueberzeugung, dass es gelingen wird dem deutschen Volke diese Erkenntnis zu schaffen. Denn ein Ergebnis, das für uns akzeptabel ist in all den Verhandlungen aussenpolitischer Art, die ich erwähnt habe, ist nur dann zu erzielen, wenn man sicher ist, dass hier in Deutschland keine politischen Experimente gemacht werden (Zustimmung). Sicherlich ist es so, dass gerade dieser Winter dem deutschen Volke die schwerste Nervenprobe auferlegen muss. Aber soll es sich denn wieder in der Geschichte wiederholen, wie so oft in den letzten 1½ Jahrzehnten, dass man im letzten Augenblick, gerade wo man soweit ist, dass man die Aussicht in eine bessere Zukunft hat, das deutsche Volk die Nerven verliert.

Reichsarbeitsminister Dr. Stögerwald sprach die Hoffnung aus, dass die heutige Tagung ebenso wie die Hildesheimer Tagung zu einer moralischen Verbreiterung der Regierungsfrent führen werde. Eine koalitionspolitische Frontverbreiterung sei heute nicht möglich, weder nach links noch nach rechts. Nach links nicht, weil damit eine Mehrheit nicht zu erzielen wäre und nach rechts nicht, weil damit aussenpolitische Erschwerungen bei den Reparations- und Stillhaltungsverhandlungen eintreten würden. Die koalitionspolitische Frontverbreiterung nach rechts sei aber auch aus innenpolitischen Gründen unmöglich. Die nationalsozialistische Partei sei kein homogen gewachsenes Gebilde, womit die schwierigen Aufgaben der Regierung in dem bevorstehenden schweren Winter gelöst werden können.

Die Gruppen, so fuhr der Minister fort, die in der gegenwärtigen Stunde eine Heranziehung der Rechten zur Regierungswünschen, tun es meist nicht aus staatspolitischen Gründen, sondern aus der Hoffnung heraus, dass dabei die Gruppen der Rechtsopposition auseinanderfallen und abwirtschaften würden, sodass nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte durch ein solches Experiment neue Zukunftsmöglichkeiten für bürgerliche Mittelparteien sich ergeben würden. In einer Stunde aber, wo es um Kopf und Kragen eines 60 Millionen Volkes geht, kann man nicht taktisch operieren, sondern muss die Politik nach sachlichen Gesichtspunkten machen (Lebhafter Beifall). Aussenpolitisch haben wir in den nächsten Wochen uns darüber zu entscheiden, ob wir für einige Jahre noch die Zähne aufeinander beißen oder ob wir uns für Jahrzehnte in die Gefangenschaft anderer Völker begeben wollen. Daneben ist die Aussenpolitik der nächsten Monate eine grosse finanzpolitische Transaktion. Wir sind gegenwärtig mit etwa elf bis zwölf Milliarden kurzfristig, mit etwa einer gleichen Summe langfristig verschuldet und dazu kommen etwa vier bis fünf Milliarden ausländische Beteiligungen an der deutschen Wirtschaft, sodass die gesamte deutsche Schuldenlast ans Ausland etwa 27 - 28 Milliarden beträgt. Dazu kommen noch die politischen Schulden. Eine ähnliche Schuldenlast hatte ein moderner Staat in der neueren Geschichte noch nicht aufzuweisen. Wir haben allerdings auch Auslandsguthaben, die zwischen sieben bis neun Milliarden Mark betragen dürften. Unsere Zinslast beträgt für die langfristigen Schulden etwa siebenhundert Millionen und für die kurzfristigen nicht viel weniger als eine Milliarde. Dazu kommen noch die Dividenden für die Auslandsbeteiligung an deutschen Wirtschaftsunternehmen und endlich die politischen Leistungen an Reparationen. Gegenwärtig geht der Streit darum, was geschehen soll einmal gegenüber den privaten Schulden Deutschlands und dann gegenüber den politischen Schulden.

In den nächsten Wochen wird der aussenpolitische Kampf darum entbrennen, ob und wie die politischen Schulden gleichberechtigt neben den privaten behandelt werden können. Deutschland hat nie bestritten, dass die privaten Schulden verzinst und zurückerstattet werden müssen. Wir sind aber nicht in der

Lage, daneben noch politische Schulden in grösseren Beträgen zu bezahlen. Erst wenn wir Klarheit über den Stand der Reparations- und Stillhaltefragen haben, ist die feste Basis gewonnen für eine starke deutsche Innenpolitik. Wir kommen auch um eine innere Stillhaltepolitik nicht herum. Diese Basis ist notwendig, damit wir auch an die Zinsenfrage herankommen können. Wir sind noch nicht an der tiefsten Sohle des Wirtschaftslebens in Deutschland und in der ganzen Welt angelangt. Wir sehen zwar klare Fronten vor uns, aber wir müssen marschieren noch auf Sumpfboden. Wir werden noch tiefer schürfen müssen, bis wir den festen Boden haben, von dem aus wir wieder aufsteigen können. Es ist gefragt worden, ob wir die deutsche Währung angliedern wollen an die Währungen jener 25 Länder, die sich gegenwärtig im Währungsverfall befinden. Demgegenüber ist die Regierung der Meinung, dass dem deutschen Volk eine zweite Inflation innerhalb eines Jahrzehnts nicht zugemutet werden kann (Beifall). Durch inflatorische Massnahmen, von denen man in Deutschland wohl den Anfang, aber nicht das Ende sieht, würde bei uns der Spargedanke zerschlagen werden und ohne den Spargedanken ist es ausgeschlossen, dass wir wieder zu einem verühftigen Kreditaufbau in Deutschland kommen können. Wenn aber 25 Länder der Welt sich auf dem Inflationsweg befinden, dann muss Deutschland, um seine Währung zu halten, sich dem Preisniveau der übrigen Welt anpassen. Das deutsche Volkseinkommen, das 1913 etwa 42 Milliarden betrug, beträgt heute rund 58 Milliarden gegen 70 Milliarden im Jahre 1929. Wir werden, wenn wir nicht inflatorische Wege gehen wollen, für die nächsten Jahre den jetzigen nominellen Stand des Volkseinkommens nicht halten können, sondern werden uns mit einem kleinere Einkommen begnügen müssen. Der Reallohn muss bei vermindertem Nominallohn bestehen bleiben, das Geld muss verstärkte Kaufkraft gewinnen. Das Jahre 1932 wird das schlimmste Jahr für die öffentliche Hand werden. Reich, Länder und Gemeinden werden infolge des verminderten Steueraufkommens ein grosses Defizit haben. Siebzig Prozent aller Ausgaben der öffentlichen Hand sind Personalausgaben, Gehälter, Pensionen, Renten, Unterstützungen usw. Mit Veränderungen der Umsatzsteuer kann man unmöglich den Einnahmeausfall der Länder, Gemeinden und des Reiches im Jahre 1932 ausgleichen. Wenn man nur nach den Notverordnungen sieht, so ist es richtig, dass die Arbeitnehmerschaft die grössten Opfer gebracht hat; im ganzen gesehen ist es anders. Die Löhne sind im letztem Jahre um etwa zwei Milliarden gekürzt worden. Wenn wir aber die Bilanzwahrheit mit dem neuen Aktienrecht durchführen, dann wird sich herausstellen, dass von den 24 Milliarden, die in unseren Aktiengesellschaften investiert sind, kaum viel mehr als zehn Milliarden erhalten bleiben werden.

Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen als die Öffentlichkeit glaubt, An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden. Wir haben im nächsten Winter zwar eine grössere Arbeitslosigkeit als im letzten Winter zu erwarten, aber sie wird uns nicht mehr kosten als im letzten Winter. Wenn man bei der Arbeitslosenversicherung allgemein die Bedürftigkeitsprüfung durchführt, und ausserdem die Sätze auf das Mass der Krisenfürsorge herabsetzt, so spart man von den drei Milliarden, die gegenwärtig die Arbeitslosenfürsorge im ganzen kostet, allerhöchstens hundert Millionen Mark. Weitere Ersparnisse sind in der Arbeitslosenfürsorge nicht zuzuschaffen, wenn nicht eine Preissenkung grossen Stils kommt. Dabei muss ich gegenüber gewissen kommunalen Spitzenorganisationen ganz deutlich aussprechen: Wenn Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reich gegenwärtig 75 % der Kosten für die Arbeitslosenfürsorge aufbringen, dann können diese Mittel nicht einfach den Gemeinden zur Verwaltung übergeben werden. Darüber liesse sich erst nach einem gründlichen Umbau des Steuersystems reden. Wer die Ausgaben macht, muss auch für die Einnahmen sorgen und nicht umgekehrt.

In der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind achtzig bis neunzig Prozent von dem, was man abbauen konnte, bereits abgebaut worden, sodass hier grosse Veränderungen nicht mehr möglich sind. In der Invaliden- und Unfallversicherung werden wir noch zu grösseren Veränderungen kommen müssen.

Es bleibt im übrigen dabei, dass ich den Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche, und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitserklärung, wenn auch in der Handhabung Änderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müssten. Darüber wird in der nächsten Woche im Unterausschuss des Wirtschaftsbeirats gesprochen werden.

Wir sind über den Inflations- und Stabilisationswinter 1923/24 auch nur hinweggekommen mit dem Belagerungszustand, und wenn alles hart auf hart geht, ist der gegenwärtige Staat noch lange nicht am Ende seiner Kraft angelangt. (Lebh. Beifall) Wenn dafür gesorgt ist, dass die Menschen nicht zu hungern brauchen, dann wird es auch möglich sein, äusserstenfalls mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel Ordnung zu schaffen. (Lebh. Beifall)

Im Anschluss an die Diskussion, an der sich 6 Redner beteiligten, fasste der Vorsitzende Kaas das Ergebnis der Tagung kurz zusammen. U.a. verwies er darauf, dass ein politisches Flagellantentum schlimmster Sorte von der äussersten Linken und von der äussersten Rechten zurzeit die politische Diskussion in Deutschland beherrscht. Gegenüber diesen unbedenklichen Methoden müsse die Waffe der Leistung und der Sachlichkeit, wenn auch nicht sofort, so doch auf die Dauer siegen.

SPD. Paris, 5. November (Eig. Drahtb.)

Der 28. Kongress der radikalen Partei wurde am Donnerstag in Paris eröffnet

In der Nachmittagsitzung hielt der gegenwärtige Parteivorsitzende Daladier, der jetzt sein Amt niederlegt, eine Rede, die sich mit der Lage der radikalen Partei und der Weltwirtschaftskrise beschäftigte. Daladier erklärte mit etwas übertriebenem Optimismus, die Partei sei jetzt einiger denn je. Sie habe bei den Wahlen zu den Generalräten einen unbestreitbaren Erfolg davongetragen und werde, falls die Wähler sich im nächsten Jahr in derselben Weise aussprechen, mindestens 180 Abgeordnete in die Kammer entsenden. Die Aussenhandelsbilanz weise in diesem Jahre ein Defizit von 15 Milliarden Francs auf. Der Notenumlauf und die Kredite beliefen sich auf über 100 Milliarden Francs. Das Budget für das neue Finanzjahr sei nur mit künstlichen Mitteln ins Gleichgewicht gebracht worden. Trotzdem hätten die Minister für die Landesverteidigung in diesem Rüstungsfeierjahr eine Erhöhung der Kredite um 1,3 Milliarden Francs durchgesetzt.

Daladier fuhr dann fort: "Wir haben niemals die Pflicht der Landesverteidigung abgelehnt. Wir werden niemals die These verteidigen, dass Frankreich allein abrüsten soll. Unsere Partei wünscht eine gegenseitige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung. Aber in der Stunde, in der unsere Meereskredite und Truppenbestände die aller anderen Nationen mit Ausnahme Russlands übersteigen, ist es noch nicht erwiesen, dass vom technischen Standpunkt aus unsere Anstrengungen Ergebnisse gezeitigt haben, die mit denen der Nachbarländer zu vergleichen sind."

Daladier forderte schliesslich alle aufrichtigen Republikaner auf, im Interesse des Friedens und der Nation die Herrschaft der Rechten zu zerschmettern und gemäss den Methoden internationaler Zusammenarbeit eine schwere Krise zu lösen, die die Zivilisation und den Weltfrieden zu vernichten drohen. Die Rede wurde mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

SPD. Genf, 5. November (Eig. Drahtb.)

Das vom Europa-Ausschuss eingesetzte Spezialkomitee zur Prüfung des russischen Antrages auf Abschluss eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes hat am Donnerstag seine Arbeiten beendet.

In dem abschliessenden Bericht wird die allgemeine Idee des russischen

Vorschlag gebilligt. Ausdrücklich wird die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten mit verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Struktur zugestanden und die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Staaten sich in ihren wirtschaftlichen Beziehungen ausschliesslich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen sollen, mit Ausnahme der Beweggründe, die ausdrücklich von dem Unterschied zwischen politischen und sozialen Systemen herrühren. Für den Wortlaut des Abkommens konnte man noch keine gemeinsame Auslegung finden. Ebenso war es noch nicht möglich, im Rahmen eines solchen Paktes die Begriffe "Diskrimination" und "Angriff" genau festzulegen. Weder eine Mehrheit noch Einstimmigkeit war über die Vorlage zu erzielen. Das Komitee beschloss daher, die Regierungen nochmals um ihre Stellungnahme zu ersuchen und an Hand dieses Materials die Frage kurz vor der Januar-Tagung des Europaausschusses nochmals zu beraten.

-----

SPD. Paris, 5. November (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hielt im Pariser amerikanischen Klub, dessen Gast er am Donnerstag-Mittag war, eine Rede über seine Washingtoner Reise, die sich jedoch wie seine bisherigen Erklärungen auf allgemeine Eindrücke beschränkte. Er sprach seine Zufriedenheit über den ihm in Amerika bereiteten Empfang aus und erklärte, dass er nur einen Wunsch gehabt habe, nämlich sich einfach und ohne Umschweife gegenüber Hoover auszudrücken. Das habe ihm von Seiten Hoovers die gleiche Offenheit und gleiches Vertrauen eingebracht. "Bei meiner Reise durch die Hauptstädte - so fuhr Laval fort - habe ich die feste Ueberzeugung gewonnen, dass diejenigen, die die furchtbare Verantwortung haben, die öffentlichen Geschäfte zu leiten, mehr als je die gebieterische Pflicht haben, alles zu unternehmen, den Frieden zu organisieren und zu befestigen. Präsident Hoover und ich haben unsere gemeinsamen Pflichten festzustellen gesucht und nachdem wir sie definiert hatten, haben wir beschlossen zu handeln."

-----

SPD. Schwerin, 5. November (Eig. Drahtb.)

Im Landtag von Mecklenburg-Schwerin wurde am Donnerstag ein Antrag auf Aufhebung der letzten Sparverordnung der Regierung in Schwerin angenommen. Das Abstimmungsergebnis wurde von den Regierungsparteien jedoch angezweifelt, sodass die Abstimmung am Freitag wiederholt werden soll.

In der Aussprache über die Notverordnungen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Sprecher der vereinigten bürgerlichen Parteien, dem deutschnationalen Finanzminister a.D. von Oertzen und dem nationalsozialistischen Gauleiter und Abgeordneten Hildebrandt. Der bürgerliche Sprecher führte aus: Der Begriff gerecht sei in Mecklenburg-Schwerin für die Nationalsozialisten grundsätzlich etwas anderes als in Braunschweig; denn einige Tage nach Verkündung der mecklenburgischen Notverordnung habe der braunschweigische nationalsozialistische Minister Klagges die Notverordnung der mecklenburgischen Rechtsregierung, die die Nationalsozialisten als ungerecht und unsozial bekämpfen, getreulich nachgemacht. (Zwischenrufe der Linken: "Wo bleibt die Harzburger Front?")

Als Dr. von Oertzen weiter gegen die Nationalsozialisten, die der Regierung ihre Gefolgschaft gekündigt haben, polemisierte, sprang der Abgeordnete Hildebrandt auf den bürgerlichen Redner zu und schrie ihn mit den Worten an: "Wollen Sie die Verteidigung Ihrer Regierung mit dieser blöden Demagogie führen?" Im Landtag entstand darauf grosse Unruhe. Der Deutschnationale Dr. von Oertzen stellte schliesslich nochmals fest, dass die braunschweigische und die von den Nationalsozialistischen bekämpfte mecklenburgische Notverordnung in wesentlichen Punkten übereinstimmen.

-----

SPD. Rostock, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Mord an dem Kommunistenführer Braun in Bad Sülze, der am Sonntag von politischen Gegnern in bestialischer Weise erschlagen wurde, steht vor der Aufklärung. Von den inzwischen in Bad Sülze verhafteten Nationalsozialisten steht einer im dringenden Verdacht, den Mord mit einem Spaten ausgeführt zu haben.

SPD. Hamburg, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

In dem Hamburger Nazi-Mordprozess kam es am Donnerstag zu sehr interessanten und für die Nazis belastenden Zeugenaussagen. Sowohl die Aussagen des Kommunisten Cahnbley als auch die Bekundungen der Lehrerin Frau Heasberg, die mit in dem Mordautobus fuhren, lassen erkennen, dass Janssen der Haupttreiber zur Tat war, dass aber Bammel im Autobus bei den Auseinandersetzungen mit den Kommunisten den Wortführer spielte.

Janssen fasste den Kommunisten Cahnbley zuerst an und sagte: "Sie sind der Kommunist André. Sie werden erschossen." Bammel legte dann auf Cahnbley an und schoss los. Cahnbley wurde am Auge schwer verletzt. Er hat durch die Verletzung ein Auge verloren. Nach den Aussagen der Lehrerin Heasberg soll Janssen nach der Tat gesagt haben, es sei ihm einerlei, was aus ihm werde. Wenn er wisse, dass der eine erledigt sei, nehme er jede Strafe auf sich. Janssen war es auch, der dem Autobusführer Wolf den Befehl gab: "Anhalten oder Sie werden erschossen." Der Zeuge Schradick, ein Fahrgast des Autobus, erklärt, dass einer der Nazis bei den Auseinandersetzungen mit Henning und Cahnbley rief: "Dich suchen wir gerade." Der Rufer hatte einen Revolver in der Hand.

Aus den Zeugenaussagen geht ebenfalls deutlich hervor, dass es sich bei dem Attentat um eine wohl vorbereitete Aktion gehandelt hat, bei der man aus Unkenntnis den Kommunisten Henning und nicht den gesuchten André "erledigte".

SPD. Paris, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die angesehene Pariser Bank Guett ist in Konkurs geraten. Der Direktor der Bank wurde wegen Vertrauensmissbrauch verhaftet. Er hat ihm für Titelankäufe anvertraute Gelder für Operationen der Bank verwandt, statt die Kaufaufträge auszuführen. Das Stammkapital der Bank beträgt 10 Millionen Franca, die Passiven sollen sich auf 20 Millionen belaufen.

SPD. New York, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die einzige sozialistische Stadtverwaltung Amerikas Reading (Pennsylvania) unterlag in einem erbitterten Wahlkampf der geschlossenen republikanisch-demokratischen Koalition. Die Sozialistische Partei war in Reading vier Jahre am Ruder.

SPD: Die sächsischen Deutschnationalen haben beschlossen, dem kommunistischen Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtags zuzustimmen.

SPD. Madrid, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die spanische Regierung hat beschlossen, dem früheren Ministerpräsidenten Alcala Zamora die offizielle Kandidatur für die Staatspräsidentschaft anzubieten. Zamora hat die Annahme dieser Kandidatur von der Abschwächung des Verfassungs-Paragrafen über den Klerus, das Einkammersystem und die Revisionsmöglichkeit der Verfassung abhängig gemacht.

SPD. London, 5. November (Eig. Drahtb.)

Die Zusammensetzung der neuen Regierung MacDonald wurde am Donnerstag-  
Abend bekanntgegeben. Die Konservativen sind in dem neuen Kabinett noch stärker  
vertreten als in der ersten Regierung MacDonald. Die Ministerliste lautet:

Aussenministerium:

Sir John Simon, Führer der liberalen  
Gruppe, die den Konservativen am näch-  
sten steht,

Schatzkanzler:

Neville Chamberlain,

Minister ohne Portefeuille:

Baldwin

Sicherheitsminister:

Sir Herbert Samuel,

Indienminister:

Sir Samuel Hoare,

Minister für die Dominien:

Thomas

Kolonialministerium:

Sir Philipp Cunliff-Lister

Innenministerium:

Sir E. Hilden-Young

Handelsamt:

Runciman

Kriegsminister:

Lord Hailsham

Luftminister:

Lord Londonderry

Marineminister:

Sir D. Eyres-Monsell

Erziehungsministerium:

Sir Donald Maclean

Arbeitsministerium:

Sir Henry Batterton

Landwirtschaftsminister:

Sir John Gilmour

Öffentliche Arbeiten:

Ormsby-Gore

Lordkanzler:

Lord Sankey.

Snowden ist als Lord Privy Seal Minister ohne Portefeuille.

SPD. Dresden, 5. November (Eig. Drahtb.)

Der Polizeipräsident hat für die Zeit vom 7. November bis zum 11. November  
alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verbote

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Das Märchen von der Arbeitskraft.

SPD. Seitdem Dickens seinen Roman über die Verbrechen englischer Lebensversicherungsgesellschaften - "Martin Chuzzlewit" - geschrieben hat, ist kaum so drastisch in die Praktiken undurchsichtiger kapitalistischer Betrügereien hineingeleuchtet worden, wie durch den Prozess über den Favag-Skandal. Im Zusammenhang mit diesem Prozess werden auch von anderen grossen Versicherungskonzernen Praktiken bekannt, die zwar nicht kriminell sind, von denen aber die Versicherten, d.h. die Geldgeber keine Ahnung gehabt haben. Der Generaldirektor des Iduna-Konzerns ist von seiner Gesellschaft mit 4 Millionen Mark für den Ablebensfall versichert worden, also mit rund 1 Million Dollar. Der Herr Generaldirektor ist nicht Inhaber der Versicherung, sondern die Gesellschaft. Im Falle seines Ablebens erhalten nicht seine Erben, sondern die Gesellschaft 4 Millionen Mark. Von wem? Nun von der Gesellschaft selbst. Und zu welchem Zwecke? Um eine Entschädigung zu haben für den Ausfall der kostbaren Arbeitskraft des Herrn Generaldirektors. So wird es von den Herren erzählt, ohne dass sie dabei rot werden, und merkwürdig, es gibt Leute, die es glauben.

Die kostbare Arbeitskraft des Herrn Generaldirektors wird mit 4 Millionen Mark eingeschätzt. Da haben wir das Märchen vom unersetzlichen Wirtschaftsführer, der Seele des Betriebes, ohne den nur das Chaos sein würde. Nichts Schlimmeres könnte dem Iduna-Konzern geschehen, als dass dieser Mann stirbt. Auf den Gedanken, dass man anstelle eines verstorbenen Generaldirektors einen neuen anstellen könnte, vielleicht sogar mit grösseren Fähigkeiten und kleineren Bezügen, scheint man in der Verwaltung des Iduna-Konzerns noch nicht gekommen zu sein.

Aber wem erzählt man das Märchen von der kostbaren Arbeitskraft der Generaldirektoren aus der Versicherungsbranche? Glaubt man denn wirklich, dass der Favag-Prozess ganz ohne Eindruck an der Öffentlichkeit vorübergehe? Glaubt man das Märchen von der kostbaren Arbeitskraft anwenden zu können in einer Zeit, in der Millionen von kostbaren Arbeitskräften brachliegen, während die Herren, die sich selber für so kostbar halten, alles tun, um die Arbeitskraft der Arbeitslosen so gering wie möglich zu bewerten? Die Flagge "kostbarer Arbeitskraft" deckt eine ganz gewöhnliche Finanzschiebung zu ungunsten der Versicherten.

Wenn man den Dickens'schen Roman über die Lebensversicherungsgesellschaften liest, ist man geneigt, über die riesengrosse Dummheit der Leute aus dem neunzehnten Jahrhundert zu staunen, die den Gaunern ins Netz gegangen sind. Wir haben keinen Anlass, uns über die Dummheit unserer Vorväter aufzuhalten, wenn wir uns selbst widerspruchslos die Märchenerzählungen der Versicherungskonzerne gefallen lassen!

## Der Fall Feder.

Herr Gottfried Feder, der grosse Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten wird der Öffentlichkeit wieder einmal als Paradepferd vorgeführt. Er durfte in Magdeburg vor einem besonders geladenen Kreis von Industriellen und Wirtschaftlern über die Finanz- und Wirtschaftspolitik im nationalsozialistischen Staat sprechen. In der Einladung, die mit echter Generaldirektorenverschwendung ausgestattet war, wurde versichert, dass Herr Feder den einzigen und letzten Weg aus dem Chaos der Zeit zeigen werde. Es wurden ihm reichlich Vorschusslorbeeren gespendet. Er wurde "der geniale Führer einer neuen deut-

schen Volkswirtschaft" genannt.

Die Genialität des Herrn Feder war mager. Sie bestand darin, dass er erzählte, seine Partei wolle keine Inflation, sie wolle nur die Abkehr von der Goldwährung, sie wolle, dass für neu zu schaffende wirtschaftliche Werte neues Geld ausgegeben werde. Mit anderen Worten, das Reich soll per Schatzwechsel neues Geld schaffen, das der Industrie auf dem Kreditwege gegeben werden soll. Man nennt diesen Prozess bekanntlich mit einem Wort Inflation. Der geniale Volkswirtschaftler der Nationalsozialisten aber bekommt es fertig, im selben Atemzug die Inflation zu fordern und zu verleumden.

Der Fall Feder ist ein Fall für sich, aber nach dieser Leistung wird er zu einem viel allgemeineren Fall. Herr Feder ist Bierbank-Nationalökonom. Eine jede neue Verlautbarung von ihm offenbart seine vollständige volkswirtschaftliche Kenntnislosigkeit. Wenn nun die Herren Industriellen und Wirtschaftler sich den Federschen Blödsinn als Erleuchtung anhören, wie muss es um die volkswirtschaftlichen Kenntnisse der Industriellen bestellt sein? Sie müssen die Harmlosigkeit des Herrn Feder in volkswirtschaftlichen Dingen noch bei weitem übertreffen.

Kanonenfutter.  
-----

Am 31. Oktober 1931 veröffentlichte die Berliner "Rote Fahne" ein Bild "Weibliches Kanonenfutter". Es stellt junge chinesische Mädchen dar, die in zwei Reihen im Sportanzug nebeneinander marschieren - ganz offenbar zu einer Sportübung. Die Unterschrift lautet: "Chinesische Mädchen und Frauen werden von den Feldwebeln des Verräters Tschankeischek zum willfähigen Kanonenfutter ge-drillt."

Am Tage darauf, am 1. November veröffentlicht die "Rote Fahne" wieder ein Bild. Es zeigt russische rote Miliz, die in Reih und Glied mit aufgepflanztem Bajonett aufmarschiert ist. In den Reihen stehen sehr viele Frauen.

Ist dies auch weibliches Kanonenfutter?

Im übrigen ist diese Inkonsequenz nicht weiter verwunderlich bei der "Roten Fahne". Tschankeischek ist heute wieder "der Verräter". Vor wenigen Tagen, als der chinesisch-japanische Konflikt sich zuspitzte, war er für die "Rote Fahne" plötzlich wieder zum chinesischen Nationalhelden geworden. Wir fragen nun: Wann wird die "Rote Fahne" das Bild "Weibliches Kanonenfutter Tschankeischeks" wieder abdrucken, diesmal aber mit der Überschrift "Chinesische Freiheitskämpferinnen"?

Helenes Bruder.  
-----

Die deutsche Florettfechterin und Olympiasiegerin Helene Mayer mit den blonden Zöpfen nimmt gegenwärtig an einem englischen Damen-Florettturnier um die englische Meisterschaft teil. Das Interesse der echt arischen Kreise an ihr ist inzwischen ziemlich abgeflaut, trotz der blonden Zöpfe. Helene nimmt allerdings auf die echt arischen Gefühle wenig Rücksicht. Sie hat einen Bruder name: Eugen, der ist auch Meister des Floretts, aber zum Unterschied von Helene ist er gar nicht blond. Mit ihrem Bruder Eugen zusammen hat sie kürzlich eine Vorstellung im Florettfechten gegeben und zwar bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung der jüdischen Gemeinde im Kaiserhof in Berlin. Ein Bild von dieser Vorstellung kann man im "Berliner Tageblatt" bewundern. Der Schmerz bei den echt arischen Kreisen ist gross!

-----

# Aus aller Welt

## Wassernot im Osten.

### Ertrinkende Dörfer. - Die Katastrophe an der Warthe.

SPD. Wenn der Mississippi über die Ufer tritt, dann spielen die Telegrafien: die ganze Welt nimmt, mit Recht, Anteil an dem gewaltigen Naturereignis. Wenn in Deutschland seit Jahren gewisse Landstriche den Einwirkungen des Hochwassers, des dauernd steigenden Grundwassers und schliesslich dadurch der Vernichtung ausgesetzt sind, dann nimmt die Öffentlichkeit dieses Unglück gleichsam als eine gottgewollte Tatsache hin. Die Wasserkatastrophe, von dem seit Jahren der Posensche Grenzkreis Schwerin heimgesucht wird, ist zwar Gegenstand eines heftigen Instanzenstreits zwischen mehreren Behörden, von denen keine "zuständig" zu sein vermeint - aber trotz zahlreicher Notrufe des Landrats des Kreises und der betroffenen Bauern nicht ein Anlass zur Hilfe.

Das gierige Wasser der Warthe hat die Felder der Bauern überflutet, ihr Besitz ist wertlos geworden. Sie sahen viele Sachverständige, die mit ernsten Gesichtern das Gebiet der Zerstörung bereisten und besichtigten. Sie hörten viele Versicherungen der Hilfsbereitschaft, aber dabei blieb es. Das Wasser steigt, das Land vermodert, vermoort, versumpft.

#### Die Ursache.

Nördlich der Warthe dehnt sich ein meilenweites Waldgebiet. Ein Glück, ein Segen war früher dieser Wald. Die Bäume hatten ein ungeheuerliches Bedürfnis nach Wasser. Sie hielten in dem gesamten Warthe- und Netzebereich den Grundwasserspiegel niedrig, sie erst ermöglichten den Bauern die Feldbestellung. Wenn die Warthe einmal übermütig wurde, dann tranken die Wurzeln einen grossen Teil des Hochwassers weg. Aber eines Tages - es war im Jahre 1925 - sahen die Forstmänner mit Entsetzen, dass dieser herrliche, helfende und schützende Wald zum Tode verurteilt war: die Forleule, diese gefräßige Pest, hatte ihn erobert. Der Wald musste fallen, die toten Bäume mussten neuem Leben, jungen Pflanzungen weichen. Die armen Waldleute begrüssten das zunächst: ihnen brachte das Naturereignis Arbeit und Verdienst; sie kamen aus den umliegenden Dörfern, aus Mazädel und Pechlüge, aus Kaza, aus Freude, Waitze, um unter der Aufsicht der Förstereien Rotheheide, Wilhelminenhof, Jablonka und wie sie alle heissen, die Erneuerung des Waldes zu vollenden. Für zwei Jahre gab es im Kreise Schwerin kaum Arbeitslose.

#### Das Wasser stieg - -

Aber junge Bäume brauchen nicht viel Wasser. Mit Grauen sahen die Bauern, wie das Grundwasser stieg, Zentimeter um Zentimeter, langsam aber stetig. Weisse Feldstrecken an der Warthe sind heute Seen, in denen die Gehöfte einsame Inseln bilden. Auch in den Häusern saugte sich das Wasser in den Mauern hoch, die Balken wurden faulig, die Mauern im Winter vom Frost gesprengt. Keiner der Bauern besitzt mehr eine Kuh: als das Vieh in den Ställen bis zum Leib im Wasser stand, nicht mehr gefüttert werden konnte und krank wurde, mussten Noterschlächtungen vorgenommen werden. Die meisten Höfe sind heute nur auf Kähnen zu erreichen: Wasserwanderer, die hier auf traurige Weise ein ideales Gebiet gefunden haben, sollen sich aber rechtzeitig mit Proviant eindecken, denn bei den Bauern können sie nichts bekommen, die leben selber von milden Gaben.

#### Der Ruf um Hilfe.

Der Staat hatte die Absicht, die Bauern umzusiedeln; es kam jedoch keine Einigung über den Kaufpreis zustande. Preussen muss sparen. Trotzdem aber sollte es möglich sein, solche dringenden Arbeiten durchzuführen. Das Wasser steigt - und mit dem Wasser: die Not!

## Politik im Calmette-Prozess.

Eine stürmische Sitzung - Starke Entgleisungen eines Rechtsanwaltes.

SPD.Lübeck, 5.November (Eig.Drahtb.)

Im Calmette-Prozess teilte Oberstaatsanwalt Dr.Lienau am Donnerstag mit, dass von Rechtsanwalt Dr.Cantor ein Antrag mit der Tendenz in Aussicht gestellt worden sei, dass die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Dr.Altstaedt erweitern möge. Nach der Anklageschrift ist Dr.Altstaedt wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung bei Durchführung des Calmette-Verfahrens angeklagt. Durch die Erweiterung der Anklage soll Dr.Altstaedt zum Vorwurf gemacht werden, dass er sich der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung schon bei Einführung des Verfahrens schuldig gemacht habe. Oberstaatsanwalt Dr.Lienau bemerkt hierzu, dass auf Grund des § 264 der Strafprozessordnung das Gericht auch ohne Erweiterung der Anklage die Einführung des Calmette-Verfahrens zum Gegenstand der Urteilsfindung machen könne.

Rechtsanwalt Dr.Hoffmann, Verteidiger Dr.Altstaedts, erwidert, dass sein Mandant die volle Verantwortung für die Einführung des Calmette-Verfahrens übernehme und sich auch der erweiterten Anklage stellen werde. Rechtsanwalt Dr. Wittern führt hierzu aus, dass dann gegebenenfalls auch die Anklage gegen Professor Deyke auf fahrlässige Tötung und Körperverletzung erweitert werden müsse: "Wenn sich auch in der Literatur eine ganze Herde von Medizinern den Anschauungen Calmettes angeschlossen hat, so war es doch im Hinblick auf gegenwärtige Forschungsergebnisse, die bereits 1928 vorlagen, fahrlässig, die Herstellung des BCG in diesem Umfang aufzunehmen." Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Dr.Wittern mit dem Ausdruck "ganze Herde von Medizinern" eine grosse Anzahl von Medizinern gemeint habe, formuliert Dr.Wittern, dass diejenigen Mediziner gemeint seien, die ohne eigene Untersuchungen und Forschungen das nachgebetet hätten, was ein Grosser oder vielmehr ein Kleiner gesagt habe: "Mit seinem richtigen Namen heisst er ja gar nicht Calmette, sondern Calmon oder so ähnlich" - -

Nach dieser peinlichen Entgleisung erklärte Professor Uhlenhuth: "Ich kann es als Vertreter deutscher Wissenschaft nicht zulassen, dass ein so hochverdienter französischer Gelehrter in solcher Form abgetan wird. Ich halte es für meine Pflicht, mich im Namen der deutschen Wissenschaft schützend vor Calmette zu stellen. Calmette ist eine grosse Persönlichkeit. Er wollte gewiss das Beste für die Menschheit - auch wenn er sich mit seinem Mittel geirrt haben sollte. Jeder Mensch kann sich irren, auch einer von der grossen wissenschaftlichen Bedeutung Calmettes. Er ist beim BCG nur seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung gefolgt. Wenn er nicht den Erfolg hatte, den er erhoffte, so liegt das in der Sache selbst."

Dr.Wittern erwidert in sehr erregten Worten. Er meint, wenn es auch sonderbar scheine, dass er sich als Vertreter der Nebenkläger einen Augenblick auf die Seite von Professor Deyke stelle, so scheine es ihm doch notwendig zu fragen, ob das Verhalten Calmettes eigentlich so sei, dass Deutsche sich schirmend vor ihm stellen müssten? Dr.Wittern will daraufhin den in deutschen Zeitungen veröffentlichten Brief Calmettes vorlesen, der "eine scharfe Erklärung gegen die Puscherei eines deutschen Gelehrten" enthalte. Der Vorsitzende untersagt die Verlesung jedoch aus strafprozessualen Gründen. Erregt erklärt Dr. Wittern deshalb: "Da hört doch alles auf! Immer diese Rücksicht! Das heisst Strafprozessordnung und sonst dergleichen und ist doch alles nur ein Grund, sich vor Calmette zu stellen. Jetzt habe ich davon als Deutscher aber endlich genug!" Nur langsam flaut die Erregung im Gerichtssaal ab.

Es wurde dann noch von Rechtsanwalt Darboven der Antrag gestellt, Professor Friedmann als Zeugen zu laden. Professor Friedmann soll bekunden, dass ihm ein französischer Arzt brieflich mitgeteilt, dass es keinen französischen Arzt

gabe, der nicht bei häufiger Anwendung des BCG schwere Schädigungen beobachtet habe. Die meisten französischen Aerzte wagten nur nicht, diese Beobachtungen zu veröffentlichen.

+ + +  
Raubmord in Berlin N. In einem Hause in der Köslinerstrasse in Berlin N fand die Portiersfrau am Donnerstag ihren 17-jährigen Sohn in ihrer Wohnung ermordet auf. Die Mordkommission stellte Würgemale am Hals fest; andere schwere Verletzungen rührten teils von Stichen, teils von wuchtigen Schlägen mit einem stumpfen Gegenstand her. Zwischen dem jungen Mann und den Tätern muss ein harter Kampf vor sich gegangen sein. Die Verbrecher, die vorläufig im Bekanntenkreis des Ermordeten gesucht werden, hatten es offenbar auf den Raub der von der Portiersfrau einkassierten Mietgelder in Höhe von 380 Mark abgesehen. Sie haben das Geld nicht gefunden.

+ + +  
Bestätigter Freispruch. In dem Revisionsverfahren gegen den Zeichner Grosz und seinem Verleger Herzfelde wegen Gotteslästerung bestätigte der zweite Strafsenat des Reichsgerichts das freisprechende Urteil des Landgericht III.-Berlin. Gegenstand des Prozesses war die Grosz'sche Zeichnung "Christus mit der Gasmaske".

+ + +  
Sklareks Freundschaften. Im Sklarek-Prozess erklärte der Angeklagte Leo Sklarek bei der Erörterung der persönlichen Zuwendungen der angeklagten Brüder an ihre Freunde vom Magistrat der Stadt Berlin, dass er niemals an den Versuch einer Bestechung gedacht habe. Er habe den Herren vom Magistrat und ihren Frauen freiwillig allerhand schöne Dinge, die sie sich in den Berliner Geschäften ausgesucht hatten, gekauft: aus Gutmütigkeit, aus einer gewissen Berechnung. Er habe es aber selber auch "furchtbar" gefunden, wenn sich einer von Kopf zu Fuss auf diese Weise ausstatten liess - aber Bestechung sei das nicht gewesen: "Wenn sich jemand bestechen lässt und seine Stellung aufs Spiel setzt, dann muss es doch schon eine Million sein oder wenigstens eine halbe".

Im Widerspruch hierzu meint der Angeklagte Lehmann, der Buchhalter der Firma Sklarek, dass Max Sklarek diese Gelder - über die er die Belege meist selbst zeichnete - ganz offen als Schmiergelder bezeichnet habe; die Höhe der Aufwendungen dieser Art schätzt Lehmann für die 4 Jahre seiner Tätigkeit bei den Sklareks auf  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Millionen Mark, die hauptsächlich unter Decknamen verbucht worden wären. Das sei, meint Lehmann, so eine "Marotte" der Brüder gewesen: "Schliesslich haben sie sich sogar unter Decknamen gegenseitig Geld entnommen und dabei wohl auch untereinander nach Kräften betrogen".

Leo Sklarek lässt sich ausführlicher über den "Grössenwahn" seines Bruders Max aus. So hätten auf Veranlassung von Max Sklarek bei der Einweihungsfest des von ihm erworbenen Jagdschloss Waren 30 Personen teilgenommen; aus Berlin habe man eine ganze Musikkapelle engagiert; das Essen sei bei Horcher bestellt und im Auto von Berlin nach Waren gebracht worden. Leo Sklarek meint: "Man kann ja schon mal Kaviar essen, aber so ein Aufwand ist unerhört, Ich bin mehr für ein bescheidenes Glas Bier gewesen". Dieses Zeugnis der persönlichen Bescheidenheit stellt Leo Sklarek auch dem Angeklagten früheren Stadtrat Gabel aus.

+ + +  
Neues Stratosphärenaufstieg? Die beiden Engländer Eustache und Oswald Shord beabsichtigen, mit einem Luftballon in die Stratosphäre aufzusteigen. Sie wollen den Rekord Professor Piccards schlagen. Der in der Fabrik der Brüder Shord hergestellte Ballon soll der grösste der Welt werden. Die Gondel soll mit den modernsten wissenschaftlichen Instrumenten und mit einer Funkseideanlage ausgestattet werden. Der Aufstieg dürfte nicht vor dem nächsten Frühjahr erfolgen.



## Weissbluten oder Waffenstillstand?

### Verhandlungen in der Metallindustrie.

SPD. In der Metallindustrie fanden dieser Tage zwischen den Gewerkschaften und dem Vorstand des Gesamtverbandes der Metallindustriellen bedeutsame Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage statt. Die Erörterung der Lohnfrage brachte, wie wir erfahren, keine Annäherung der Parteien, dagegen scheinen die Metallindustriellen sich in der Arbeitszeitfrage eines Besseren besinnen zu wollen.

Der vom Deutschen Metallarbeiterverband in den Verhandlungen gemachte Arbeitszeitvorschlag gipfelt in der Forderung nach Einführung der Vierzigstundenwoche. Diese Forderung stiess bei der Gegenseite nicht auf direkte Ablehnung. Die Unternehmervertreter erklärten, es lasse sich über den Arbeitszeitvorschlag ernsthaft reden. Der Vorstand des Gesamtverbandes der Metallindustriellen werde sich schon in nächster Zeit mit ihm beschäftigen. Auf einer neuen Beratung könne dann evtl. auch noch bei anderen Streitfragen (Schlichtungswesen, Krümpersystem, Preissenkung der Waren des täglichen Bedarfs und Binnenmarkt-löhne) ein Verständigungsversuch gemacht werden.

Der Arbeitszeitvorschlag des DMV besagt im wesentlichen folgendes: es soll eine Vereinbarung getroffen werden, nach der die Verzigstundenwoche als normale Arbeitszeit in der gegenwärtigen industriellen Entwicklung anerkannt werde. In einem Werk, wo noch länger als 40 Stunden gearbeitet werde, dürften vor einer Senkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden keine Entlassungen mehr vorgenommen werden. In Werken, wo bereits 40 Stunden oder gar weniger gearbeitet werde, dürfe so lange keine Erhöhung der Arbeitszeit über 40 Stunden hinaus erfolgen, als noch Arbeitskräfte derselben Berufe in grösserer Zahl arbeitslos seien. Beim Vorliegen einer solchen Vereinbarung würden die Gewerkschaften mit ihren Funktionären in den Betrieben dafür sorgen, dass bei notwendigen Arbeiten vorübergehend in der Frage der Ueberarbeit eine loyale Stellung eingenommen werde.

In der Lohnfrage forderten die Gewerkschaften einen Waffenstillstand. In der Metallindustrie habe bereits eine dreimalige Herabsetzung der Löhne (Tariflohn, Leistungszulagen Akkorde) stattgefunden. Bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 39 Stunden sei der Verdienst ohnehin so gering, dass er unmöglich noch gekürzt werden könne. Im übrigen werde das Ergebnis der Wirtschaftskommission doch sicherlich in der Richtung einer Entlastung der Wirtschaft (Senkung der Zinsen usw.) liegen.

Die Unternehmervertreter erklärten, die Metallindustrie könne ohne Senkung der Gesteuerungskosten nicht weiter existieren. Sie habe in der Gesteuerungskostenfrage leider nur Einfluss auf die Löhne. Für die durch Lohnsenkung ersparten Summen könnten sofort neue Arbeitsaufträge finanziert werden. Solche Aufträge seien durchaus notwendig, denn in der Maschinenindustrie seien die Anlagen keineswegs vollkommen auf der Höhe.

Aus den Darlegungen der Unternehmervertreter ging klar hervor, dass ihr Ziel in einer Senkung des Lohns auf den Stand vom Jahre 1927 liegt. Nach ihrer Auffassung sind alle nach 1927 erfolgten Lohnerhöhungen unverantwortlich gewesen. Sie betonten, bei den Werftarbeitern stünden z.B. auch nach dem letzten Schiedsspruch die Löhne bei den Gelernten noch immer um 5,1 bis 11,9 Prozent und bei den Ungelernten sogar um 5,9 bis 17 Prozent über den Löhnen von

1927: Köln und Brandenburg hätten bereits die zweite Lohnsenkung hinter sich, die Werften dagegen erst die erste. Die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Industrien, deren Waren auf dem Weltmarkt konkurrieren müssten, sei unverständlich. Die Gewerkschaften müssten unbedingt mit den Industriellen für eine Herabsetzung der Löhne der nur für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien eintreten.

Man sieht: in der Lohnfrage sind die Metallindustriellen noch immer in ihren alten bekannten Gedankengängen völlig festgefahren. Sie sehen noch immer nicht, dass all ihre Klagen über die Höhe der Gesteungskosten nicht die Frage beantworten, ob man den Arbeiter der Metallindustrie am Ende der Woche mit leeren Händen nach Hause gehen lassen soll? Bald ist es soweit. Der Tariflohn in der Metallindustrie gehört schon zu den schlechtesten Löhnen. Dazu kommt, dass eine Neuregelung der Arbeitszeit nicht mehr zu umgehen ist, wenn man die Arbeitslosenziffer senken will, Das aber macht einen weiteren Lohnabzug vollends unmöglich.

All das ist in den Verhandlungen von den Gewerkschaften den Unternehmervertretern zu Gemüte geführt worden. Einstweilen ohne Erfolg. Einstweilen träumen noch die Metallindustriellen sogar von der Wiedereinführung des Lohnes von 1925. Es wird Zeit, dass diese Träumer geweckt werden.

---

SPD. Für die niederschlesische Metallindustrie wurde vorbehaltlich der Zustimmung der Parteien eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne in der Spitze um 4½ Pfennig pro Stunde (5,7%) und die übrigen Lohnsätze entsprechend gekürzt werden. Die Neuregelung soll bis zum 14. Januar gelten.

---

SPD. In einzelnen Dienststellen der Reichsbetriebe will man, wie dem Gewerkschaftsverband aus verschiedenen Teilen des Reichs gemeldet wurde, bei der kommunalen Lohnzahlung für die Reichsarbeiter die im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnkürzungen bereits einbehalten, obwohl noch keine Entscheidung über den Spruch vorliegt,

Die Behörden werden doch warten können, bis klare Verhältnisse vorliegen. Einstweilen hat der Schiedsspruch, der von den Organisationen abgelehnt ist, noch keine Rechtswirksamkeit. Das ist auch die Auffassung des Reichsfinanzministeriums. Wozu also schon jetzt eine Einbehaltung der Lohnkürzung? Früher, wenn es eine Lohnzulage gab, hatte man es nicht so eilig mit der Durchführung einer Neuregelung. Selbstverständlich werden überall dort, wo schon jetzt Abzüge erfolgen, die Arbeitsgerichte angerufen werden.

---

SPD. Die Textilindustriellen wollen auf Anweisung ihrer Berliner Leitung in Rheinland und Westfalen den Textilarbeitern das Arbeitsverhältnis kündigen. Sie wollen die Regierung in der Lohnfrage unter Druck setzen, obwohl noch keine Schlichtungsverhandlungen stattgefunden haben. Von der Massenkündigung würden mehr als 200 000 Mitglieder betroffen.

---

SPD. Der Reichsorganisationsleiter der Nazipartei, Oberst a. D. Hierl, hat die Frage des Reichslandbundes, wie sich die Partei zu den Landbünden stelle, mit einer Erklärung beantwortet, in der es nach Darlegungen über den Ständestaat zum Schluss heisst:

"Wir sind der Auffassung, dass der Arbeitnehmer im Pommerschen Landbund

nicht frei und unabhängig zu Worte kommen kann, sondern abhängig vom Wohlwollen der Arbeitgeber im Pommerschen Landbund ist, sodass der Arbeitnehmerverband des Pommerschen Landbundes zweifellos als "gelb" bezeichnet werden muss."

Für den Reichslandbund und die gelbe Landarbeiterbewegung ist das ein böser Reinfall. Im übrigen ändert auch diese Erklärung der Nazis gegen die Gelben nichts an dem gelben Grundcharakter der Hitlerpartei. Oder wird die Hitlerpartei nicht von Arbeitgebergeld finanziert? Bis jetzt hat Hitler auf diese Frage - geschwiegen.

SPD. Der Lohnkonflikt in den Gemeinden hat eine gefährliche Lage geschaffen. Die Gefahr, dass es in vielen Grosstädten Deutschland zur Arbeitsniederlegung kommt, wird immer bedrohlicher. Ein Zeichen dafür ist der Verlauf der Beratungen zwischen den Freien und Christlichen Gewerkschaften der Gemeindearbeiter und Strassenarbeiter, die am Donnerstag in Köln stattgefunden haben.

Die "Kölnische Zeitung" sucht die Verantwortung für die Folgen des Schiedsspruchs schon jetzt den Gewerkschaften aufzuladen. Sie beschuldigt in ihrer Donnerstag-Abendausgabe die Organisationen, dass sie die Erregung künstlich schürten. Das Unternehmerorgan hat eben kein Empfinden dafür, dass es bei einem Hungerschiedsspruch nicht möglich ist, die Arbeiter aufzupeitschen. Das Blatt befürchtet, dass ein Ausstand der Gemeindearbeiter sehr leicht auf andere Wirtschaftsgruppen überspringen werde, und fordert daher, dass überstürzte Entschlüsse und voreilige Massnahmen verhindert werden.

Die Unternehmerpresse hat in den letzten Wochen Tag für Tag zum Lohnabbau gedrängt. Es wird ihr jetzt, wo es Ernst wird, schwül zumute.

SPD. Der Präsident des Hansabundes Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer sprach in München auf einer Kundgebung der bayerischen Landesorganisation des Bundes über die Ursachen der Krise. Er sieht die Ursachen vor allem in "Irrmeinungen eines übertriebenen Nationalismus und sozialistisch-kollektivistischen Wunschträumen". Es habe sich verhängnisvoll ausgewirkt, dass man den Wirtschaftsliberalismus seit dem 1. August 1914 über Bord geworfen und damit die Freizügigkeit von Kapital, Waren, Menschen und Arbeit überall gehindert habe. Die grosse soziale Aufgabe der Stunde heisse Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Aufgabe könne nur dadurch gelöst werden, dass dem Unternehmer wieder Spielraum für wirtschaftliche Arbeit gelassen werde.

Die Legende, der Sozialismus habe die Krise hervorgerufen, ist zu schön und zu bequem. Auch der Präsident des Hansabundes hat anscheinend noch nichts davon vernommen, dass es auch in Amerika, wo das Unternehmertum durch "sozialistisch-kollektivistische Wunschträume" bestimmt nicht behindert war, eine Krise gibt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen lässt dort recht lange auf sich warten.

SPD. Der polnische Sejm nahm ein Gesetz an, wonach die Eisenbahnen "im Falle drohender Gefahr", also nicht nur bei Kriegsgefahr militarisiert werden können. Die Eisenbahnverbände haben vergeblich gegen die Vorlage Protest erhoben.

Kupfersorgen.

-----  
Neue Drosselungspläne.

SPD. In Amerika hat man wieder Verhandlungen über eine Regulierung des Kupfermarktes aufgenommen. Die Veranlassung dazu ist das weitere Absacken der Kupferpreise. Der Kupferpreis, Notierung in New York, hat in diesem Jahre seinen tiefsten Stand seit der Jahrhundertwende (1900) erreicht. In den Vorjahrskrisen ging der Kupferpreis wohl bedenklich auf die 10-Centsgrenze zu. Sie wurde aber niemals unterschritten. Die Unterschreitung brachte erst die gegenwärtige grosse Wirtschaftskrise:

	<u>Kupferpreis in New York</u> (in Cents je Lb.)	<u>Kupferpreis in Berl.</u> (in Mark pro 1000 kg)
Durchschnitt 1913	15,56	146,20
Höchster Kurs 1929	24	228,50
Niedrigster Kurs 1929	16,75	156,50
Ende Oktober 1930	9,50	91,50
Anfang November 1931	7	70,25

Gegenüber einem Höchstpreis von 24 Cents pro ein englisches Pfund (1 lb = 453 Gramm) im Jahre 1929 ist der Preis auf 7 Cents abge sackt. Das entspricht auf dem deutschen Markt einem Sturz des Kupferpreises, von dem besonders die Mansfeld A.-G. betroffen wird, von über 228 Mark auf rund 70 Mark. Bei der äusserst schwankenden Preisbewegung ist natürlich zu berücksichtigen, dass das Kupferkartell die Preise gerade im Jahre 1929 künstlich beeinflusst hat.

Die oben erwähnten Verhandlungen spielen sich im Rahmen des Kupferkartells ab. Ausser den amerikanischen Kupferproduzenten sind auch die Vertreter anderer wichtiger Produktionsgruppen beteiligt. In Betracht kommen die führenden Männer der kanadischen Kupfergesellschaften, weiter zwei Vertreter der Union Minière du Haut Katanga, der grössten afrikanischen Kupfergruben, im belgischen Kongostaat. Gerade diese Kongogesellschaft hat in den letzten Jahren, da sie mit ausserordentlich niedrigen Produktionskosten arbeitet, für die Entwicklung des Kupfermarktes mit den Ausschlag gegeben. Die afrikanischen Gruben, hinter denen die englische Metallpolitik steht, haben ihren Einfluss derart gestärkt, dass wichtige Entscheidungen ohne sie nicht mehr möglich sind. Die Absichten der führenden Mitglieder des Kupferkartelle gehen dahin, die Kupferproduktion erneut um 15 bis 20 Prozent zu drosseln. Man verspricht sich von einer solchen Massnahme wenigstens eine fehlbare Entlastung des Marktes für einige Zeit. Die Führer einiger amerikanischer Konzerne denken auch daran, eine Verschiebung in den ungünstigen Verhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage auch dadurch zu erzielen, dass der Absatz durch umfangreiche Kreditaktionen mit ausländischen Kupferverbrauchern vergrössert wird. Dafür kommt besonders Deutschland in Frage.

Die Vorkriegsproduktion an Rohkupfer betrug rund 1 Million Tonnen; sie stieg in den Nachkriegsjahren, infolge des stärkeren Kupferbedarfs der Elektro- und der Automobilindustrie, ausserordentlich rasch an und erreichte im Jahre 1928 = 1,89 und im Jahre 1929 sogar 2,13 Millionen Tonnen. Das Jahr 1930 brachte infolge der Vereinbarungen der grossen Kupferkonzerne einen Rückgang auf 1,75 Millionen Tonnen. Sollte jetzt eine neue 20prozentige Pro-

duktionsdrosselung durchgeführt werden, so würde das eine Verminderung der Weltproduktion auf etwa 1,40 Millionen Tonnen bedeuten. Auf Afrika, d.h. in der Hauptsache auf die oben erwähnte Katanga-Gesellschaft, entfallen jetzt bereits mehr als 10 Prozent der Weltproduktion, während die Kupferproduktion Afrikas vor dem Krieg etwa gleich Null war.

Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte, dass das Kupferkartell sich auflösen wolle, treffen zweifellos nicht zu; eine gemeinsame Produktionsdrosselung ist ja auch ohne das Bestehen eines solchen Kartells nicht denkbar. Dies Kartell ist in der Hauptsache, wie schon sein Name "Coppers Exporters inc." besagt, eine amerikanische Ausfuhrorganisation, der sich die übrigen grossen Kupfererzeuger der Welt angeschlossen haben. Die Führung liegt bei den amerikanischen Kupfermagnaten, die in den letzten Jahren nichts getan haben, um gesunde Marktverhältnisse zu organisieren; durch die künstliche Hochhaltung der Preise wuchs überall der Anreiz zur Steigerung der Produktion, sodass heute die Leistungsfähigkeit der Kupferbergwerke und der Hüttenindustrie so gewaltig ist, dass sie nur zu einem Teil ausgenutzt werden kann. So arbeitet z.B. der amerikanische Utah-Konzern noch nicht einmal mit 40 Prozent seiner Leistungsfähigkeit und die Lage bei den übrigen Konzernen ist im Durchschnitt nicht viel besser. Die Beherrschung des Kartells durch die amerikanischen Interessenten kam auch darin zum Ausdruck, dass stets die für Europa festgesetzten Kupferpreise höher sind als die amerikanischen Inlandspreise. Dies bedeutet natürlich eine dauernde Benachteiligung der kupferverarbeitenden Industrie der europäischen Länder. Die europäischen Kupferverbraucher haben sich gerade hierüber jahrelang vergeblich beklagt. Eine andere Auswirkung der jahrelang überhöhten Kupferpreise war die zunehmende Verwendung anderer Metalle, woraus besonders die Aluminiumindustrie Nutzen ziehen konnte.

SPD. Die Getreidepolitik des Reichsernährungsministers Schiele, die einzig und allein die Interessen der Grossagrarien im Auge hat, wirkt u.a. verwüstend auf die Geflügelhaltung. Das Futtergetreide wird durch die Schiele'sche Politik überteuert und macht die Betriebe unrentabel. In dieser Saison mussten in der Mark Brandenburg allein 60 Prozent der Geflügelfarmen schliessen. Unter Eindruck dieser Entwicklung haben sich die drei Organisationen der Geflügelzüchter, der Reichsverband der Erwerbs- und Nutzgeflügelfarmer, Sitz Leipzig, der Verband der Geflügelfarmsiedler, Sitz Berlin, und die Interessengemeinschaft Brandenburgischer Geflügelhalter, Berlin, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen geschlossen. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft soll ein Einheitsverband unter dem Namen Reichsverband der Erwerbs- und Nutzgeflügelfarmer Leipzig hervorgehen. Bevollmächtigter der neuen Organisation ist Otto Saalfeld Berlin, Schönebergerstrasse 13. Interessenten erhalten bereitwilligst jede gewünschte Auskunft.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: "Dem Reichsarbeitsminister ist bekannt geworden, dass in einzelnen Fällen Landarbeiter, die den Bau eines Eigenheims beabsichtigten, dritten Personen für den Hinweis auf die Förderung des Landarbeiterwohnungsbaus mit Reichs- und Landesmitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge Vermittlungsgebühren haben bezahlen müssen. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin die Landesregierungen gebeten, Vorkehrungen zu treffen, um eine derartige Ausnutzung der Arbeiter zu verhindern, und ihnen anheimgestellt, zu prüfen, ob nicht ganz allgemein solche Anträge abzulehnen seien, an deren Zustandekommen ausser den Verfahrensträgern Vermittler gegen Entgelt mitgewirkt haben.

SPD. Die amerikanischen Getreidebörsen stehen gegenwärtig im Zeichen einer Hausse deren Tragweite für die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten unter Umständen von Bedeutung sein kann.

Die Hausse konzentriert sich auf die Börse von Chicago. Hier konnten in den letzten Tagen starke Preisgewinne durchgedrückt werden. Zuletzt nahm die Hausse sogar stürmisches Ausmass an. Man erzählt, dass hinter der ganzen Bewegung zwei Chicagoer Spekulanten, Cutten und Livermore, stehen, die bereits grosse Quantitäten aufgekauft haben. Das Ziel der Spekulation sei, die Preise pro Bushel auf den berühmten Dollarstand zu treiben. In der Tat hat man erreicht, dass sich die Julinotierungen auf über 70 Cents steigerten. Damit hat sich das Preisniveau seit dem Tiefstand vom Oktober um etwa 50 Prozent erhöht.

Sachliche Gründe liegen für diese Hausse so gut wie garnicht vor. Allerdings ist die Weizenernte hinter den ursprünglichen Schätzungen und auch hinter dem Vorjahrsstand zurückgeblieben. Jedoch dürfte die Ernteverminderung bei den wichtigsten Ländern, die etwa zwei Drittel des Weizens in der Welt produzieren, nur 5 Prozent betragen. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass in Argentinien und Australien infolge des von den Banken ausgeübten Drucks die Anbauflächen eingeschränkt wurden, dürfte die Einschränkung der Ernteflächen zum grössten Teil durch die günstigere Witterung ausgeglichen worden sein. Wenn man nun annimmt, dass die Welternte an Weizen 1931/32 nicht grösser sein wird als die Ernte 1930/31, so will das über die Verringerung der Vorräte noch nichts besagen, die von ausschlaggebender Bedeutung sind. Vor allem ist damit noch nicht gesagt, ob diese Vorräte in wesentlichem Masse abgebaut werden können. Die Vorräte bleiben auch bei einem grösseren Bedarf der Zuschussländer gross genug, um einen Druck auf den Preis auszuüben. Wenn sich trotzdem in Amerika eine Hausse von grossem Ausmass durchsetzen konnte, so kommt die Bewegung von der Geldseite her. Die Schwankungen des Dollars, die Goldabzüge in Amerika, die Panik der Sparer und vor allem die Debatte über den Dollar haben Unruhe ausgelöst und zu einer Flucht in die Sachwerte geführt.

Diese Flucht in die Sachwerte scheint anzuhalten und grössere Kreise mit sich zu reissen. Man kauft keine Effekten mehr, man begnügt sich auch nicht mit dem Hamstern von Noten, sondern man will Sachwerte erwerben. Ein Ausdruck dieser Tendenz ist die Weizenhausse in Amerika. So unbegründet, wie sie marktmässig ist, so grosse Folgen kann sie für den Markt haben. Man muss immer bedenken, dass sich die Bewegungen in der kapitalistischen Wirtschaft stark auf Stimmungen stützen, die unter Umständen in ihrer Auswirkung von grösster Tragweite sein können.

-----

SPD. Der Abschlussbericht bei der Maschinenfabrik Kappel-Chemnitz, die u.a. Textilmaschinen, Schreib- und Holzbearbeitungsmaschinen fabriziert, zeigt, dass bei dieser Gesellschaft eine ungeheuerliche Luderwirtschaft betrieben worden ist. Man hat stark in Gefälligkeitswechselln gemacht, Das Warenlager ist mit 1,3 Millionen Mark verbucht; verpfändet waren aber davon über eine halbe Million Mark. Debitoren werden mit fast 1,38 Millionen Mark angegeben. Davon mussten aber rund 750 000 Mark als zweifelhaft abgesetzt werden und so geht es weiter. Man fragt sich, wie der Aufsichtsrat eine solche Luderwirtschaft hat dulden können? Der Aufsichtsrat hat sich, wie auch anderswo, die Sache höchst einfach gemacht. Er hat zweifellos von den Dingen gewusst; denn schon vor Monaten sind einzelne Persönlichkeiten aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, wahrscheinlich, weil sie die Dinge nicht mehr mitmachen wollten. Damals hätte der Aufsichtsrat Alarm schlagen müssen. Statt dessen begnügte er sich damit, einen Vertreter in das Direktorium zu schicken, der aber glänzend, wie die ganze Kontrolle, versagte. So vollzog sich das Schicksal von Kappel. Die Unterbilanz beläuft sich auf über 3,65 Millionen Mark, während das Aktienkapital nur 3,6 Millionen Mark ausmacht.

-----

SPD. Die vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung aufgestellte Getreidebilanz, nach der Deutschland einen Getreideimportbedarf von 4 Millionen Tonnen hat, wird von der agrarischen Presse heftig angegriffen.

Die Angriffe beruhen auf Berechnungen der grossagrarischen Interessentenorganisation, dem Deutschen Landwirtschaftsrat, denen sich natürlich auch das Reichsernährungsministerium angeschlossen hat. Es wird behauptet, dass diesesmal 370 000 Tonnen Futterzucker mehr als in anderen Jahren zur Verfügung steht, was einem Getreidefutterwert von 500 000 gleichzusetzen ist. Auch läge die deutsche Kartoffelernte in diesem Jahr noch immer 3 Millionen Tonnen über einer normalen Ernte, sodass auch hier kein Mangel entstehen würde. Ein Defizit an Brotroggen sei ebenfalls nicht vorhanden, weil die Roggenverfütterung soweit eingeschränkt werde, dass die Ernte für Brot und Futter ausreicht. Eine Einfuhr von etwas mehr als 1 Million Tonnen Brot- und Futtergetreide reiche aus, da unter der Einwirkung der hohen Getreidepreise sehr viele Schweine in kurzer Zeit abgeschlachtet werden würden.

Diese Berechnungen, die lediglich von den Wünschen diktiert sind, die Preissteigerung auf dem Getreidemarkt nicht zu unterbinden und die nicht die geringste Rücksicht auf die Lage der auf den Futterzukauf angewiesenen kleinen Landwirte nehmen, sind auch, wie das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung mitteilt, falsch. Die Kartoffelernte ist qualitätsmässig sehr schlecht, da durch Krankheiten die Erträge stärker beeinflusst sind, als man zunächst dachte. Infolge der verminderten Zuckerherstellung stehen auch nicht 370 000 Tonnen Futterzucker zur Verfügung. Schliesslich darf man auch nicht annehmen, dass der Futterbedarf sich nach der Höhe des Schweinebestandes richtet. Zwar wird bei sehr hohen Futtergetreidepreisen und niedrigen Schweinepreisen die Schweinemast eingeschränkt, aber die einmal vorhandenen Jungschweine müssen erst fertiggemästet werden. Die Ersparnis an Futter kommt erfahrungsgemäss erst im folgenden Jahr zur Geltung.

Aus diesem Grunde hält das Institut seine Schätzung aufrecht, wenn es auch zugibt, dass selbstverständlich nicht auf die Tonne genau angegeben werden kann, wieviel Deutschland an Einfuhrgetreide braucht.

Die Schätzung des Deutschen Landwirtschaftsrates, nach der nur etwa mehr als eine Million Tonnen Getreideimport notwendig sein sollen, ist nach unserer Meinung lediglich ein Interessentenmachwerk. Natürlich kann man die Bauern zwingen, wenn man die Futtergetreidepreise bis in die Wolken treibt, ihre Jungschweine in Massen abzuschlachten und damit Futtergetreideimporte zu ersparen. In ähnlicher Weise könnte man auch die deutsche Eierproduktion gewaltsam drosseln. Eine solche geradezu irrsinnige Futtergetreidepolitik kann aber kein vernünftiger Mensch wollen.

Deshalb bleibt, selbst wenn man an der Schätzung des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung einige Abstriche macht, die infolge der unklaren Lage auf dem Gebiet der Zuckerproduktion und der Kartoffelernte berechtigt sind, doch ein Einfuhrbedarf von mindestens 3 Millionen Tonnen Getreide für das laufende Erntejahr bestehen. Die sozialdemokratische Forderung, in erster Linie die Futtergetreideimport zu erleichtern und in zweiter Linie eventuell durch Zollherabsetzung jede weitere Steigerung der Roggenpreise zu verhindern, ist durch die Getreidebilanz des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung wissenschaftlich erhärtet worden.

SPD. Französische, deutsche und tschechische Interessenten verhandeln seit einiger Zeit im Einverständnis mit dem französischen Handelsministerium, über die Porzellaneinfuhr nach Frankreich, die in letzter Zeit einen aussergewöhnlichen Umfang angenommen hat. Man hofft, eine schnelle Verständigung zu erzielen.

## Rückwirkungen der Welthausse.

-----  
(Berliner Getreidebörse vom 5. Novem.)

SPD. Die ausserordentlichen Preisbewegungen, die an den überseeischen Märkten eingetreten sind, besonders aber die Hausse in Chikago, haben an der Berliner Produktenbörse eine gewisse Unsicherheit ausgelöst, sodass sich am Donnerstag grösste Zurückhaltung zeigte. Sowohl am Promptmarkt als auch am Markt der Zeitgeschäfte waren die Umsätze verhältnismässig klein. Am Promptmarkt kam hinzu, dass die Mühlen infolge der Verhandlungen über den Brotpreis ebenfalls Zurückhaltung übten, sodass in dem Roggenpreis wesentliche Veränderungen nicht eintraten. Weizen war etwa 1 Mark höher als am Vortag genannt. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte war Weizen gleichfalls etwas fester, während die Preisgestaltung für Roggen nicht ganz einheitlich war, aber auch nicht allzu grosse Veränderungen zeigte. Auch Weizen- und Roggenmehl blieb bei kleinen Umsätzen wenig verändert. Hafer und Gerste waren weiter knapp angeboten; jedoch wurden höhere Forderungen nur zögernd bewilligt.

	4. Nov.	5. Nov.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	227 - 230	227 - 230
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	175 - 178	177 - 180
Futter- und Industriegerste	170 - 175	173 - 177
Hafer	151 - 157	152 - 157
Weizenmehl	28,50 - 33,00	28,75 - 33,00
Roggenmehl	28,00 - 30,00	28,00 - 30,00
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,25 - 10,75	10,25 - 10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember  $241\frac{1}{2}$  und Brief (240), März  $250-251\frac{1}{2}$  (249), Roggen Dezember  $207\frac{1}{2}-207\frac{3}{4}$  ( $207\frac{3}{4}$ ), März  $212\frac{3}{4}$  bis 213 (212), Hafer Dezember  $170 - 169\frac{1}{2}$  ( $168\frac{1}{2}$ ), März  $180\frac{3}{4} - 181\frac{1}{2}$  (179).

## ----- Amtliche Eiernotierungen. -----

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 5. November. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 15,24, über 60 gr 13,75, über 53 gr 12,75, über 48 gr 11, frische Eier über 53 gr 11,75, aussortierte, kleine und Schmutzeier 8 - 9. B. Auslandseier: Dänen 18er 12,50, 17er 13,  $15\frac{1}{2}$ -16er 12, Holländer 68 gr 14,75, Rumänen 8 - 11, Polen normale 8 - 8,50, abweichende 8 - 8,50, kleine Mittel- und Schmutzeier 7 - 7,75. C. In- und ausländische Kühkhauseier: extra grosse 11,50, grosse 10,50, normale 7,50 - 8. D. Kalkeier: extra grosse 9,50, grosse 8,50, normale 6,75 - 7. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler an Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: behauptet.

## ----- Buttermarkt. -----

SPD. Die Berliner Butternotierungskommission setzte am 5. November die Preise, Fracht u. Gebindegehen zu Käufers Lasten, für den Zentner wie folgt fest: I. Qualität 114, II. 104, abfallende Sorten 90 M.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S P D

Nr. 84.

Berlin, den 5. November 1931.

## Spanisches Frauenrecht.<sup>x</sup>

-----

SPD. Das alte Spanien hat die Frau als selbständiges politisches und gesellschaftliches Wesen kaum anerkannt. Die Frau wurde zur Haushälterin des Mannes und zur Kindergebärerin erzogen. Fast stets blieb sie ihr Leben lang Mutter möglichst vieler Kinder ohne jede Aussicht auf eine andere Betätigung, auf einen geistigen Aufstieg. Auch ohne den Willen dazu! Die Tradition hatte es so gewollt, und die Auffassung von der Tradition war von der Kirche bestimmt. Der Klerus sah in den Frauen sein stärkstes Heer. Er hatte keine Neigung, dies Geschöpfe, die ihm ergebenste Untertanen waren, auf neue kulturelle Bahnen zu führen, deren letztes Ziel doch nur eine Schwächung der kirchlichen Macht gewesen wäre. Es ist selbstverständlich, dass das neue Spanien gerade mit dieser Tradition der Niederhaltung der Frau im staatlichen und gesellschaftlichen Leben endgültig brechen musste.

Die neue Verfassung, deren Fertigstellung vielleicht noch in diesem Monat zu erwarten ist, greift das Problem der weiblichen Selbständigkeit hauptsächlich von zwei Seiten an: von der des Eherechtes und von der des Wahlrechtes für die politischen und kommunalen Wahlen.

Im Rahmen der kirchlichen Lehre kannte das Königreich Spanien keine Ehescheidung. Das Einzige, was schliesslich durchzusetzen war, blieb die "Trennung von Tisch und Bett", mit der die Unmöglichkeit verbunden war, eine neue Ehe einzugehen. Die neue Verfassung räumt mit dieser mittelalterlichen gegenseitigen Versklavung der Geschlechter gründlich auf. Sie legt nicht nur prinzipiell die Möglichkeit der Ehescheidung fest, sondern zeichnet darüber hinaus schon die Grundlinien für das künftige Eherecht ausserordentlich genau vor. Wie Mann und Frau durch freien Willen zur Ehe zusammengeführt werden, so sollen sie auch die Möglichkeit haben, sich auf Grund eigenen freien Entschlusses zu trennen. Eine Ehe, die beide Gatten nicht mehr fortzusetzen wünschen, ist nach den schon von der Nationalversammlung gebilligten Bestimmungen der neuen Verfassung zu lösen. Einigen sich die Ehegatten nicht gütlich auf Trennung der Ehe, klagt nur einer von ihnen auf Scheidung, dann soll der Richter "triftige Gründe" des klagenden Ehegatten für seinen Wunsch, geschieden zu werden, verlangen, bevor er die Scheidung ausspricht. Das bedeutet zunächst einmal die Aufnahme des Prinzips in die Verfassung, dass die Ehegatten selbst darüber zu entscheiden haben, ob sie ihre Ehe fortführen wollen. Sind sie sich in der Ueberzeugung einig, dass ihre Ehe kein Glück mehr für sie bedeutet, dann hat der Staat kein Recht, sie zur Fortsetzung der einmal vor dem Standesbeamten eingegangenen Ehegemeinschaft zu zwingen. Die Ehe ist zur privaten Angelegenheit der Bürger geworden. Erst dort, wo sich diese Bürger - d.h. die Ehegatten - nicht darüber einigen können, ob sie den einmal geschlossenen Vertrag fortsetzen oder lösen wollen, tritt der Staat in Funktion und prüft auf Antrag der klagenden Partei in Gestalt seiner Richter, ob "wichtige Gründe" für die Auflösung des Ehebandes vorliegen. Kein anderer bürgerlicher Staat Europas hat bisher eine derart moderne Ehegesetzgebung aufzuweisen! Damit und mit der Annahme anderer Paragraphen über die Gleichstellung der Geschlechter wird die Frau, die im alten Spanien kaum irgendwelche rechtlichen oder geschäftlichen Handlungen ohne Zustimmung des Mannes vornehmen durfte, zum selbständigen Gliede der neuen Ge-

sellschaft.

Die politische Gleichberechtigung wird dem weiblichen Geschlechte durch das Wahlrecht gegeben. Das Landesparlament soll in Zukunft von beiden Geschlechtern nach gleichen Rechten gewählt werden. Jeder Spanier, jede Spanierin hat im Alter von über 23 Jahren auch das Recht, zur Urne zu gehen und ebenso sich wählen zu lassen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass auch das Wahlrecht für die provinziellen und lokalen Parlamente für beide Geschlechter gleich sein wird. Schon die Abstimmungen der nächsten Wochen müssen die Entscheidung darüber bringen.

Ueber die Zuerteilung des Wahlrechtes an die Frau ist in Spanien mehr als in anderen Ländern debattiert worden. Die alten Republikaner, die liberalen bürgerlichen Parteien haben von der Zuerkennung des Wahlrechtes an das weibliche Geschlecht eine Stärkung des Klerikalismus, der kirchlichen Reaktion, befürchtet. Das erklärt sich aus der Erkenntnis, wie stark bis in die jüngste Zeit der Einfluss der Kirche auf die spanische Frau geblieben ist. In dem halben Jahre seit Begründung der Republik hat sich das jedoch schon an manchen Orten geändert. An anderen hingegen hat der Klerikalismus die weibliche Seele mit grossen Erfolge bearbeitet. Man darf schliesslich nicht vergessen, dass die weit überwiegende Zahl der Spanierinnen niemals ein gedrucktes Wort liest, ja, zu einem sehr grossen Teile überhaupt kaum das Alphabet beherrscht. Daher stammt die Bedeutung von Kanzel und Beichtstuhl, auch für die politische Meinungs- und Willensbildung der Frau. In der Nationalversammlung fand das auch von den Klerikalen geförderte Frauenwahlrecht die Unterstützung der Sozialdemokraten. Die sozialistische Partei ist die einzige, die den klerikalischen Einflüssen eine Organisation entgegenzustellen hat, die auch das weibliche Geschlecht berücksichtigt und einen geistigen Einfluss auf die Masse der Frauen auszuüben vermag. Namentlich in jüngster Zeit ist eine grosse Reihe neuer Vereinigungen entstanden, die sich speziell der Heranbildung der Frau widmen und ihr sozialistische Gedankengänge nahe zu bringen suchen. Für die alten, bürgerlich-republikanische Parteien allerdings dürfte vielleicht mit der Annahme des Frauenwahlrechtes ein erhebliche Chance für die Zukunft verloren gegangen sein.

Das neue Spanien entwickelt sich im schärfsten Tempo. Rechts und links von der Strasse brennen heute hier und da Gehöfte nieder. Das sind Zeichen äusserer durch die Weltwirtschaftskrise vergrösserter Not und des Beginns eines sozialen Kampfes, in dem zunächst noch gewaltige Reste einer im übrigen Europa längst versunkenen feudalistischen Vergangenheit hinweggeräumt werden müssen. In diesem Ringen ist den Frauen zweifellos eine besondere Aufgabe zugewiesen. Die ersten Bestimmungen der Verfassung sollen sie frei machen, damit sie dieser Aufgabe gerecht werden können.

-----  
Verloren und gefunden.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Frau Hinz war in der Elektrischen in die Stadt gefahren, um sich einen Wintermantel zu kaufen. In dem Mäntelgeschäft entdeckte sie zu ihrem Schrecken, dass sie ihre Tasche, die eine Summe von 60 Mark enthielt, verloren hatte. Wenn jemand die Tasche findet, was muss er damit tun? Das kommt darauf an, wo die Tasche gefunden wird. Es kommt auch darauf an, ob der Finder vielleicht aus irgend einem Papier, das in der Tasche steckt, erkennen kann, wem sie gehört. Findet er einen solchen Hinweis auf die Person des Verlierers, so muss er diesem sofort Anzeige über den Fund machen. Kann er den Verlierer nicht erkennen oder seine Adresse nicht erfahren, dann hat er den Fund gleich der Polizeibehörde anzuzeigen. Das gilt aber nur, wenn er die Tasche etwa auf der Strasse gefunden hat. Hat er sie in der Elektrischen gefunden, dann muss er sie dort abgeben, entweder dem Schaffner oder in einem Büro der Strassenbahnverwaltung. So müsste er auch verfahren, wenn er den Fund vielleicht in einem Ge-

schäftsraum eines öffentlichen Gebäudes macht, etwa im Einwohnermeldeamt, denn allgemein sollen Sachen, die in den Geschäftsräumen einer öffentlichen Behörde oder in einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt gefunden werden, der Behörde, der Verkehrsanstalt oder einem ihrer Angestellten übergeben werden. Bei der Tasche der Frau Hinz mit 60 Mark hätte die Anzeigepflicht bei einem Fund auf der Strasse für den Finder bestanden, und er hätte dann ein Recht auf Finderlohn gehabt. Der beträgt bei Funden bis zum Werte von 300 Mark 5 Prozent. Für jede 10 Mark sind also 50 Pfennig Finderlohn zu zahlen. Das macht auf 60 Mark 3 Mark Finderlohn. Der Finderlohn bleibt aber nicht so hoch, wenn die Summe, die gefunden wird, mehr als 300 Mark beträgt. Für den über 300 Mark hinausgehenden Betrag ist nur noch ein Prozent Finderlohn zu beanspruchen. Wird also eine andere Tasche mit 500 Mark gefunden, so ist als Finderlohn zu zahlen 5 Prozent von 300 Mark, das sind 15 Mark; und 1 Prozent von 200 Mark; das sind noch 2 Mark; also im ganzen 17 Mark. Wenn sich jedoch innerhalb eines Jahres nach dem Fund und der Anzeige bei der Polizeibehörde niemand meldet, dem das Verlorene gehört, so wird es Eigentum des Finders. Frau Hinz hat deshalb gleich bei der Polizei den Verlust ihrer Tasche gemeldet.

Die Meldepflicht bei der Polizei fällt fort, wenn das Gefundene nicht mehr wert ist als 3 Mark. Wenn jemand die Tasche der Frau Hinz fand, so hätte er sie auch nicht wieder fortwerfen dürfen, weil ihm etwa der Weg zur Polizei und die Anzeige zu unbequem war, denn wer etwas findet, der ist auch verpflichtet, es aufzubewahren. Es sind Fälle vorgekommen, in denen jemand eine sehr wertvolle Sache, die er auf der Strasse fand, wieder wegwarf und deshalb wegen Fundunterschlagung zur Anzeige kam. Andererseits kann der Finder, wenn ihm aus der Aufbewahrung der Sache oder sonstwie durch Nachforschung nach dem Verlierer Unkosten erwachsen, vom Eigentümer der Sache die Erstattung der Kosten verlangen. Hat also jemand die Tasche der Frau Hinz gefunden, daraus ersehen, wo die Eigentümerin wohnt, und ihr geschrieben, dass sie die Tasche bei ihm abholen kann, so hat er ausser den 3 Mark Finderlohn noch die Portokosten für den Brief zu verlangen. Das sind kleine Kosten. Die Kosten können aber viel grösser werden. So werden nicht ganz selten Hunde gefunden. Diese füttert dann doch der Finder zunächst. Vielleicht tut er das einige Tage lang und setzt inzwischen in die Zeitung ein Inserat, dass er dort und dort einen so und so beschaffenen Hund gefunden hat. In diesem Falle kann er sich die Kosten für die Fütterung und für das Zeitungsinserat ersetzen lassen. Unter Umständen kommen auch gefundene Sachen, die sich nicht halten, etwa Obst oder Butter oder Ähnliches, durch die Polizei oder den Finder zur Versteigerung. Wenn dann der Verlierer nicht bekannt ist, so gehört dem Finder nach Ablauf eines Jahres der Erlös aus der Versteigerung.

Nun gibt es auch noch Sachen, die keinen Eigentümer haben, die, wie es im Gesetz bezeichnet wird, herrenlos sind. Sie werden herrenlos, wenn jemand, dem sie gehören, das Eigentum an ihnen aufgibt, sie nicht mehr haben will. Werfe ich also ein Paar alte Stiefel fort, die ich nicht mehr tragen kann, vielleicht auf einen Aschenhaufen auf dem Hofe, so kann jedermann, der die Stiefel da findet, sie an sich nehmen und behalten, denn er kann deutlich aus der Stelle, wo er die Stiefel findet, ersehen, dass jemand sie fortgeworfen hat. Es gibt auch Sachen, die von vorn herein herrenlos sind. Wenn man zum Beispiel am Strande spazieren geht und Muscheln findet, so kann man diese behalten; sie haben keinen Eigentümer. Bei Bernstein dagegen hat sich der Staat ein Eigentumsrecht vorbehalten, das sogenannte Bernsteinregal. Eine ganz besondere und interessante Bestimmung gibt es noch über Bienenschwärme. Die Bienen schwärmen ja in jedem Jahre aus. Dann pflegt ihnen der Eigentümer zu folgen um sie wieder einzufangen. Wenn er sie garnicht verfolgt oder die Verfolgung unterwegs aufgibt, so werden die Schwärme herrenlos, und jeder darf sie einfangen.

Wer also etwas verliert oder findet, der muss sich, wie man aus dem allen sieht, sehr genau überlegen, wie er sich zu verhalten hat, was er an Finderlohn zu zahlen oder zu bekommen hat und so weiter. Die meisten Menschen schätzen den Finderlohn viel zu hoch ein, wenn sie eine grössere Summe finden.

Henri Lehmann

## Novembersturm.

-----

Hört ihr, wie die wilden Winde  
Durch die toten Wälder rasen . . .  
Hört ihr, wie ein dunkles Raunen  
Zieht durch enge, dumpfe Gassen!  
Aus dem Elend des verfluchten  
Erbes der Tyrannen suchten  
Wir den Weg in neues Land.

Von den stürzenden Ruinen  
Fielen Steine auf die Strassen,  
Die nun lichtwärts wir durchzogen. -  
Toren können nur so hassen!  
Toren, die in Trümmern roden . . .  
Morscher Stamm auf morschem Boden  
Gab noch nie ein festes Haus!

Unsre Ketten, schweissgeschmiedet,  
Klirren noch in Fron für Schergen,  
Die das Blut in Gold verwandeln  
Und in kalten Kammern bergen.  
Doch dieselben Ketten binden  
Herz an Herz - sie liessen finden  
Uns in heisser, stummer Not!

Novembersturm soll uns begleiten!  
Schwarze Schrift, zu Flammen werde,  
Leuchtend künde den Befreiten:  
Unser aller ist die Erde! -  
Aus dem Abgrund der gebannten  
Kräfte starken Volkes fanden  
Wir den Weg in freies Land!

O.F.Heinrich.

## -----

### Merkwürdige Kaffeesitten.X

-----

SPD. Wissen Sie, was das Wort Kaffee bedeutet? Nun, das ist doch arabisch, und darum ist es keine Schande, von seinem Sinne nichts zu wissen. So glaubt man allgemein und irrt damit gründlich. Auch die Araber haben den Namen "Caffa" für die Bohnen und das aus ihnen bereitete Getränk des Kaffeebaumes nur übernommen, ohne seinen eigentlichen Sinn zu kennen. Der ist afrikanisch und bedeutet etwa Gebirgsbauer. Denn die "Kaffeetscho" sind Gebirgsbauern. Sie haben in den Bergwäldern von Abessinien ganze Wälder von Bäumen, die nach ihnen die Kaffeebäume genannt werden; der Landstrich, in dem der Fall ist, heisst danach Kaffa; die Frucht der Bäume wurde als Kaffafrucht oder Kaffee auch übers Meer ins benachbarte Arabien gebracht. Damit begann der Zug des Kaffees um die Erde, wo er, nebenbei gesagt, immer noch nicht alle Völker erreicht hat. Zum Beispiel nicht die Chinesen, die den Kaffee verabscheuen. Wohl aber besonders die orientalischen und europäischen Völker, allerdings auch die erst nach allerlei Irrungen und Wirrungen, die zu den merkwürdigsten Kapiteln der kulturgeschichtlichen Pflanzenkunde gehören.

Nicht einmal die Araber, die dem Kaffee seinen zweitvolkstümlichsten Namen - nämlich Mokka - verschafften, haben sich ohne weiteres mit dem Kaffee

befreundet. Ja, gerade in Arabien hat er heute noch, nach fast tausend Jahren Mokkafreuden, einen erfolgreichen Konkurrenten, den Catha-Strauch, dessen Blätter, im Absud getrunken, von Millionen Arabern immer noch aufs höchste gepriesen werden, während andererseits auch in der Welt von tausend und einer Nacht die ersten Kaffeefreunde gründlich die Bastonade (Stockprügel auf die nackten Fusssohlen) erhielten. Warum? Weil sie beschuldigt wurden, ein weinähnliches, nämlich berauschendes, also nach dem Koran verbotenes Getränk zu geniessen. Noch um 1511 war aus diesem Grunde das Kaffeetrinken in der ganzen morgenländischen Welt verboten. Erst die Schriftgelehrten von Kairo brachen den Bann. Sie selbst liebten das Getränk, priesen als seine Haupttugend allerdings nur, dass es sie bei ihren Nachtwachen vorm Einschlafen bewahre, woraus ein Rückschluss darauf gezogen werden mag, wie stark und unmässig sie den Kaffee getrunken haben. Heute schätzt man ihn im heissen Arabien, dessen Küstengegenden zu den glühendsten Ländern der ganzen Erde gehören, wieder aus ganz anderem und wieder von unserer Kaffee Freude sehr verschiedenem Grunde. Ich selbst hatte wochenlang das Gefühl, nur durch den Kaffee dem Verdursten entgangen zu sein. Auf meinen Wanderungen an den Küsten des Roten Meeres kaute auch ich gleich meinen arabischen Begleitern fast den ganzen Tag über geröstete Kaffeebohnen, mit dem Erfolge, dass trotz einer trockenen Hitze von 40 bis 50 Grad Celsius im Schatten und sparsamster Wasserversorgung kein nennenswertes Durstgefühl aufkam. Uebrigens erfuhr ich auch bei dieser Gelegenheit, dass das deutsche Wort Bohne arabischen Ursprunges sei, denn die Araber nennen die Kaffeebohne "bun". Diese Sitte, trockenen Kaffee zu geniessen, ist überall an den Küsten der arabischen Meere verbreitet, am meisten in Persien, wo man den feinsten Kaffee überhaupt nur so "trinkt", dass er, schwach geröstet, zu feinem Pulver zerstampft und luftdicht aufbewahrt, tagsüber löffelweise ab und zu genascht wird.

Dr. R. H. Francé.

### Soziologie der Gehörlosen.<sup>x</sup>

SPD. Der Laie wird mit Recht darüber erstaunt sein, dass Taubstumme, die doch von der Sprache ihrer Mitmenschen ausgeschlossen bleiben, dazu fähig sind, Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, ja, dass sie sogar selbst Zeitschriften redigieren und Artikel schreiben. Und doch ist die Zahl der von Taubstummen herausgegebenen Zeitschriften heute bereits so gross, dass eine Uebersicht in einem kurzen Artikel schwer zu geben ist. Greifen wir eine heraus, die grösste, in Leipzig vom "Reichsverband der Gehörlosen" herausgegebene Zeitschrift "Die Stimme"! Wir blättern ein paar Jahrgänge durch, um einen Einblick in das Leben der Gehörlosen, in das Wesen der "gehörlosen Gesellschaft" zu erhalten. Zunächst müssen wir jedoch eine Einschränkung gegenüber dem vorher Gesagten machen: Auch diese Zeitschrift wird wohl von Gehörlosen geleitet, und die meisten Artikel sind auch von ihnen selbst geschrieben worden, nur wird diese Arbeit ausschliesslich von nicht eigentlichen Taubstummen, d. h. von Spätertaubten, geleistet. Damit ist im Grunde schon das Hauptproblem berührt, das im Mittelpunkt dieser Zeitschrift, überhaupt der gehörlosen Gesellschaft steht: das Verhältnis der Spätertaubten zu den eigentlichen, von Geburt an Taubstummen - wobei wir hinzufügen, dass unter Spätertaubten auch alle im Kindesalter, etwa vom 12. Lebensjahr an, Ertaubten zu verstehen sind.

Wie stehen sich nun Spätertaubte und Taubstumme gegenüber? Der Spätertaubte ist in diesem Verhältnis ohne Frage der geistig Ueberlegene, der Führer, dem sich die eigentlichen Taubstummen willig anschliessen. Der Spätertaubte spielt in dem ungemein vielfältigen Vereinsleben der Taubstummen die Hauptrolle; ihm sind die Posten des Vorsitzenden, des Kassierers usw. anvertraut. Der Spätertaubte versucht auch entscheidend auf das Verhältnis der Gehörlosen

zu den Hörenden einzuwirken. Er weiss um etwas sehr genau, das der eigentliche Taubstumme nur instinktiv ahnt! dass zwischen Taubstummen und Hörenden eine tiefe Kluft nicht nur rein wirtschaftlicher, sondern auch gesellschaftlicher Art besteht. Es ist nicht allein Mitleid, das der Hörende dem Taubstummen ebenso wie etwa dem Blinden, entgegenbringt; hinzu kommt noch ein Zweifel an den geistigen Fähigkeiten und der beruflichen Tüchtigkeit des Taubstummen. Diese Mindereinschätzung versuchen viele Taubstumme dadurch auszunutzen, dass sie - hierbei ganz schlau und berechnend verfahrend - auf das Mitleid der Hörenden spekulieren. So kann man in vielen Zeitschriften der Taubstummen recht zahlreiche Annoncen finden, in denen geschäftstüchtige Firmen taubstumme Hausierer suchen. Diese Firmen tun das nicht, um dem Taubstummen zu helfen, sondern weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass der Hörende, auch wenn er einen Artikel, den ihm der Taubstumme anbietet, gar nicht braucht, dem Taubstummen doch aus einem Gefühl, gemischt aus Mitleid und Schreck, leichter etwas abkauft. Diesem Unwesen müsste endlich einmal energisch ein Ende bereitet werden. Es muss durchaus anerkannt werden, dass das Bestreben der Ertaubten dahin geht, den Taubstummen so weit geistig zu schulen und beruflich zu ertüchtigen, dass er den Konkurrenzkampf mit dem Hörenden aufnehmen und gesellschaftlich neben ihm treten kann. Der Taubstumme selbst vermag das nicht aus eigener Kraft; er ist zu sehr verstrickt in den engen Lebenskreis, den er mit seinen Schicksalsgenossen bildet, er erreicht auch geistig jenen Standpunkt nicht, dass es ihm möglich wäre, die Wege zu seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg zu erkennen.

Die Welt des Taubstummen ist klein und eng begrenzt; er ist froh und glücklich, wenn ihm eins gewährt wird: mit seinen Schicksalsgenossen zusammenzukommen. Deshalb ist bei dem Taubstummen ein ungemein starkes Verlangen, in die Grosstadt zu kommen, zu bemerken. Nicht etwa, weil ihn das grosstädtische Leben reizt, sondern weil er eins nicht vertragen kann: in einer kleinen Stadt oder auf dem Dorfe für sich allein, abgeschnitten von seinen Schicksalsgenossen, zu leben. Er kann nur in seiner Welt leben - und in der Grosstadt finden sich naturgemäss immer zahlreiche Taubstumme. Um diese feste Schicksalsgemeinschaft der Taubstummen schliesst sich wie eine unübersteigbare Mauer die Gesellschaft der Hörenden. Gewiss kann der Taubstumme ohne den Hörenden nicht leben; er ist auf ihn angewiesen; ja, er stellt oft unberechtigte Anforderungen an den Hörenden. Aber diese Verbindung ist rein zwangsmässig. Wir beobachten vielmehr, dass der Taubstumme sich seelisch wie gesellschaftlich hermetisch gegen die Gesellschaft der Hörenden abschliesst. Wenn wir trotzdem in dem Programm des "Reichsverbandes der Gehörlosen Deutschlands" bestimmte Forderungen an Gesellschaft und Staat - die hier nicht näher gekennzeichnet werden können - lesen, so sind die treibende Kraft, die zu diesen Forderungen drängt, einzig die Spätertaubten. Die Stelle der Spätertaubten innerhalb der gehörlosen Gesellschaft ist umstritten; dort, wo sie ihre Führerrolle aus Verantwortungsgefühl und Opferwilligkeit übernommen haben - und das ist nicht immer der Fall -, arbeiten sie zum Wohle ihrer taubstummen Schicksalsgenossen.

Wir haben einen Blick in eine uns unbekannte Welt getan, der wir so nahe und doch so fern sind. Uns ist diese Kenntnis bitter vonnöten, denn soll eine Verbindung zwischen Gehörlosen und Hörenden geschaffen werden, so müssen die Hörenden ohne Frage den ersten Schritt tun.

Arthur Hennig.

SPD. Gehupft wie gesprungen.<sup>x</sup> Zu dem amerikanischen Toilettepapierkönig kam ein junger Mann: "Ich möchte Sie sprechen!"

"Keine Zeit! Sie wollen doch bloss Geld haben."

"Nein, ich möchte Sie um die Hand Ihrer Tochter bitten."

"Sie wollen also doch Geld haben!"